

Nordrhein-Westfalen
Landtag
intern 4

G 2382



Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen, 33. Jahrgang, 13. Wahlperiode, 23.4.2002

Neue Kunst zieht in den alten Landtag



Sinnbild der demokratischen Tradition und ein wichtiger Teil unserer Landesgeschichte ist das Ständehaus gewesen. Dies betonte Landtagspräsident Ulrich Schmidt bei der Einweihung des Ständehauses als Zweigstelle der Kunstsammlung Nordrhein-Westfalen am Düsseldorfer Grabbeplatz (ein Bericht darüber folgt in der nächsten Ausgabe). In seiner Rede hob der Präsident die Atmosphäre im alten Landtag („schrecklich schöne Zeit“) und die Leistungen hervor, die die Parlamentarier in diesem Haus nach dem Krieg für das Land zustande gebracht haben. Nach dem Auszug des Landesparlaments und der schmerzlichen Zeit von Stillstand und Verfall sei jetzt die Nutzung als „Kunstsammlung Ständehaus mit repräsentativem Charakter für das Land“ gefunden worden; in der Architektur des umgebauten Hauses (siehe unser Bild) sei die Verbindung von Alt und Neu geglückt. „Mögen sich im neuen Ständehaus viele Menschen begegnen, hoffentlich auch viele junge, um die gelungene Verbindung von demokratischer Tradition und zeitgenössischer Kunst kennen zu lernen“, schloss der Landtagspräsident seine Rede. Foto: Schäfer

Die Woche im Landtag

Pensionslasten Seite 4

Der Haushaltsausschuss hat Sachverständige zu Lösungen für steigende Pensionslasten angehört.

Polizeifunk Seite 8

Im Modell wird der abhörsichere digitale Polizeifunk erprobt. Der Innenausschuss informierte sich in Aachen an Ort und Stelle.

Pflege Seite 10

Die Enquetekommission „Zukunft der Pflege“ des Landtags hat ihre Arbeit aufgenommen.

Verfassungsgericht Seite 13

Der Verfassungsgerichtshof des Landes beging sein 50-jähriges Bestehen. Landtagspräsident Ulrich Schmidt würdigte die Arbeit des Gerichts.

Wort und Widerwort:

Was tun gegen die zunehmende Gewaltbereitschaft von Jugendlichen?

Kriminelle Handlungen junger Menschen können eine Ausnahme bleiben, sie können aber auch der Beginn einer kriminellen Karriere sein. Die ist im Stande, die Zukunft des Einzelnen zu verbauen und die Gesellschaft zu belasten. Damit dies vermieden wird, hat es sich bewährt, junge Täter möglichst rasch nach ihrer Tat mit den Folgen ihres Tuns zu konfrontieren – in der Hoffnung, dass die jungen Leute sich bemühen, künftig ihr Verhalten mit den rechtlichen und gesellschaftlichen Normen in Übereinstimmung zu bringen. Was das Land dazu beitragen kann, darüber die Fraktionsexperten in ihren Beiträgen.

(Seite 2)

Von Frank Sichau (SPD)

Neben Präventionsmaßnahmen wie Streitschlichtungsprogramme für Schülerinnen und Schüler, spezieller Fortbildung von Lehrern über Gewalt an Schulen, Anti-Gewalt- und Deeskalations-Trainings- und Selbstbehauptungskursen ist die schnelle Reaktion des Staates auf deviantes Handeln ein erfolgversprechender Weg. Kinderdelinquenz und Jugendkriminalität wirksam einzugrenzen. Die direkte und schnelle Konfrontation des Jugendlichen mit „seiner Straftat“ ist eine optimale Methode, Einsicht in das begangene Fehlverhalten zu erzeugen. Dadurch können wir verhindern, dass ein erster Fehltritt das Fundament einer kriminellen Karriere wird. Die SPD-Landtagsfraktion setzt sich deshalb für eine effektive Nutzung der Möglichkeiten der Diversion im Jugendstrafverfahren ein. Statt rechtsförmlicher Gerichtsverfahren soll eine schnelle Reaktion des Staates auf Straftaten im Bereich der einfachen und mittleren Kriminalität wie Beleidigung, Körperverletzung, Diebstahl, Sachbeschädigung und Schwarzfahren erfolgen. In enger Zusammenarbeit von Polizei, Jugendstaatsanwaltschaft, Jugendgerichtsbarkeit, Jugendgerichtshilfe, Jugendhilfe, Schule und den Eltern sollte delinquenten Kindern und Jugendlichen das Unrecht ihrer Taten drastisch vor Augen geführt werden. Der von den Koalitionsfraktionen eingebrachte Antrag zur Diversion im Jugendstrafverfahren (Drs.13/2453) greift diesen Gedanken auf. Wir wollen, dass geeignete Diversionsprojekte (zum Beispiel Diversionsmodelle wie der Diversionstag in Wuppertal/Remscheid) landesweit vorgestellt und umgesetzt werden.



Von Theo Kruse (CDU)

Als Innenminister Behrens anlässlich der Vorstellung der Kriminalitätsstatistik 2001 bekannt gegeben hat, dass fast ein Drittel aller Tatverdächtigen unter 21 Jahre seien, erfolgte die zutreffende Feststellung, dass die Bekämpfung der Kinder- und Jugendkriminalität eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe sei. Um zu verhindern, dass Kinder und Jugendliche Straftaten begehen, sind in der Tat all diejenigen gefordert, die viel mit Kindern und Jugendlichen umgehen. Die Eltern, die Schulen, die Kirchen, die Vereine, die Justiz oder die Medien. In ihrer jeweiligen gesellschaftlichen Funktion sind sie tragende Säulen für eine gewaltfreie und kriminalitätsfreie Erziehung. Wenn jedoch seitens der Politik etwas zur „gesamtgesellschaftlichen Aufgabe“ erklärt wird, so heißt das, dass Verantwortung nicht abgegeben werden darf. Die Politik muss als Teil der Gesellschaft und deren wichtiges Bindeglied die wesentlichen Rahmenbedingungen schaffen. Vor allen Dingen darf die Landesregierung nicht allein „Absichtserklärungen“ formulieren, sondern muss konkret handeln.



Zwei Beispiele: Wollen wir Diversion, also die Umgehung des förmlichen Strafverfahrens fördern, müssen wir unsere Staatsanwaltschaften stärken. Diversion erfordert von den Staatsanwaltschaften eine umfassende Beschäftigung mit dem einzelnen Jugendlichen. Diese ist zeitaufwändig und mit dem bisherigen Personalbestand nicht zu leisten. Wollen wir zweitens erreichen, dass in unseren Schulen nicht nur Wissen, sondern notwendigerweise auch Werte vermittelt werden, so müssen wir unsere Schulen entsprechend ausstatten. Aufgrund des Unterrichtsausfalls mangelt es bereits an der Wissensvermittlung. Konkrete Schritte im Sinne einer Prioritätensetzung sind überall dort von Nöten, wo Kinder und Jugendliche sind.

**Was tun
gegen die
zunehmende
Gewaltberei-
tschaft von
Jugendlichen?**

Von Horst Engel (FDP)

In NRW nehmen die Rohheitsdelikte zu: Bei den Körperverletzungsdelikten im Vergleich zum Vorjahr um 5,8 Prozent auf 80 085 Fälle. Das Fatale dabei: Täter und Opfer werden immer jünger.



Diese Entwicklung hatte die FDP-Landtagsfraktion veranlasst, mit einer Kleinen Anfrage in eine gesamtgesellschaftliche Debatte einzusteigen, um Ansätze zum Gegensteuern zu gewinnen. Aus der Antwort der Landesregierung ging hervor, dass der Anteil der Kinder bis 14 an den tatverdächtigen Gewalttätern sechsmal schneller steigt als ihr Anteil an der Bevölkerung. Bei Jugendlichen beträgt der Faktor fünf zu eins. Die Entwicklung bei Verdächtigen mit fremdem Pass ist noch dramatischer. Während 1997 schon 275 noch jünger als 14 Jahre waren, stieg deren Zahl im Jahr 2000 auf 593. In den anderen Altersgruppen — auch bei Mädchen — der gleiche Trend. Für die FDP spielen dabei Fragen nach der Verlagerung und Vermittlung von Werten in unserer Gesellschaft, nach der Erziehungsverantwortung von Eltern, Familien, Lehrern und Ausbildern, nach schulischer und beruflicher Perspektive nach ethnischen Konflikten, nach Integrationsbelastungen und nach verändertem Rollenverständnis der Geschlechter eine genauso zentrale Rolle wie Fragen nach Wissensvermittlung und Gewaltprävention.

Als Einstieg zum Gegensteuern hat die FDP gefordert, das Diversionsverfahren nach dem Remscheider Modell landesweit zu intensivieren. In Remscheid arbeiten Jugendamt, Polizei, Staatsanwaltschaft und Gericht so eng zusammen, dass dort die jugendlichen und heranwachsenden Täter ihre für die Tat notwendige Erziehungsmaßnahme „auf dem Fuße“ erhalten. Der Erfolg: Die dortige Jugendkriminalität ist deutlich zurückgegangen.

Von Sybille Haußmann (GRÜNE)

Im Jahr 2001 gab es relativ, gemessen an der Zahl der Jugendlichen im Alter von acht bis 21 Jahren, genauso viele Tatverdächtige wie im Vorjahr: Gegen etwa 5,5 Prozent dieser jungen Menschen ermittelte die Polizei. Der Anteil junger Menschen an Körperverletzungsdelikten ging um drei Prozent zurück,



auch wurden, gemessen an der Bevölkerungsentwicklung, weniger Sachbeschädigungen von ihnen begangen. Nur bei einer Deliktform wurden mehr junge Täter als früher ermittelt: Beim Handtaschenraub nahm ihr Anteil um 3,5 Prozent zu. Junge Menschen sind also nicht gewalttätiger geworden. Hier haben wir es mit einem Vorurteil zu tun, das rechte Parteien gerne schüren. Aber es gibt eine sehr kleine Gruppe männlicher Jugendlicher, die immer weniger Hemmungen beim Zuschlagen hat. Diese Gruppe wächst. Ich mache mir Sorgen um sie; denn sie ist Argumenten kaum noch zugänglich. Für diese Gruppe wünsche ich mir von der Jugendhilfe bessere pädagogische Konzepte der Gemeinwesenarbeit und Prävention. Gangs und Straßenbanden darf eine Stadt nicht ignorieren. Sie darf sie auch nicht der Polizei überlassen. Gefragt sind pädagogische Konzepte, mit deren Hilfe gewalttätige Milieus aufgebrochen werden können.

Es gibt keinen Königsweg, Jugendkriminalität zu bekämpfen. Wichtig ist, dass schon auf die erste Gewalttat eine pädagogische und juristische Reaktion erfolgt — ein „Schuss vor den Bug“. Das so genannte Diversionsverfahren (Rot-Grün bewirkt zurzeit dessen Ausweitung) hilft, schnell und angemessen zu reagieren. Wenn Jugendliche spüren, dass die gesamte Gesellschaft ihnen keine Gewalttaten durchgehen lässt, suchen sie sich gewaltlose, legale Wege, ihre Konflikte auszutragen. Außerdem können wir Erwachsenen uns ruhig an die eigene Nase packen — schließlich lernen Jugendliche von ihren Vorbildern: denn es gibt auch immer noch zu viele gewalttätige Väter, schikanöse Lehrer und rücksichtslose Autofahrer. Auch Politik ist in Zeiten von Schmiergeldskandalen kein gutes Vorbild, um von Jugendlichen ein Leben ohne Straftaten zu verlangen.

Wirtschaftsausschuss fragt nach Ursachen für 6574 Firmenpleiten im Vorjahr

Die Debatte über einen von der CDU erbetenen Bericht zum Thema „Pleitenrekord in NRW“ prägte die von Dr. Helmut Linssen (CDU) geleitete Sitzung des Wirtschaftsausschusses am 17. April. Im Zusammenhang damit behandelten die Abgeordneten auch die gegenwärtige Neugründung von Unternehmen. Der von der FDP aktualisierte Antrag „Wirtschaftsstandort NRW nicht gefährden; TA Luft sachgerecht novellieren“ (Drs. 13/2384) wurde von der Mehrheit von SPD und GRÜNEN abgelehnt, obwohl die Landesregierung ausdrücklich versicherte, sie werde im Bundesrat am 26. April genau die Forderungen der Opposition vortragen.

Als Vertreter des Ministers legte Staatssekretär Jörg Hennerkes Zahlen zum Thema „Pleitenrekord“ vor. Danach nahm die Zahl der Insolvenzverfahren von Unternehmen in NRW seit 1990 jährlich zu und erreichte im Jahr 2001 mit 6574 den Höchststand seit 1990, das waren 19 Prozent mehr als im Jahr 2000. Nach Wirtschaftsbereichen gab es die meisten Pleiten im Dienstleistungsbereich (rund 4000). Ein Viertel der Konkurrenz (1618) betraf das Baugewerbe.

Auch der Staatssekretär hielt die Zunahme um 19 Prozent gegenüber dem Vorjahr für dramatisch. Sie relativiere sich aber gegenüber der Zunahme um 24 Prozent im gesamten Bundesgebiet. Hauptursache sei die schlechte Konjunktur. Aber auch die durch „Basel II“ deutlich veränderte Kreditvergabepraxis der Banken wirke sich vor allem auf mittelständische Unternehmen aus.



Helga Giebelmann (SPD) und Rüdiger Sagel (GRÜNE) meinten, mit seiner Anwesenheit auf der Hannover-Messe diene der Minister der NRW-Wirtschaft mehr. Fotos: Schälte

Angewandte Forschung auf der CeBit/Hannover

Eine Delegation des Wirtschaftsausschusses informierte sich im März auf der CeBIT 2002 in Hannover. Auf dem Gemeinschaftsstand „Forschungsland NRW“ präsentierten Mitarbeiter der Hochschulen Aachen, Dortmund, Essen, Hagen, Münster, Paderborn und Wuppertal angewandte Forschung, unter anderem: einen Blindenmonitor, die Projekte „Aktiver Lärmschutz“ und „Das virtuelle Rathaus“ oder einen Internet-Wrapper für die personalisierte Informationsbeschaffung.

Auf dem Stand des Wirtschaftsministeriums zeigte die Projekt-Ruhr-GmbH als Leitbild für „eGovernment“-Vernetzung die Planung für das „Digitale Ruhrgebiet“. Eine Bonner Firma führte ihr Produkt „SigLab“ für elektronische Signaturen und Verschlüsselungstechniken vor. Hier wurden die Ausschussmitglieder von Wirtschaftsminister Schwanhold begrüßt.

Die Dortmunder Firma Materna stellte sich als weltweites Software-Unternehmen mit 1400 Mitarbeitern und einem Jahresumsatz von 181 Millionen Euro vor, mit Niederlassungen im west- und osteuropäischen Ausland sowie in Thailand. Das Unternehmen realisiert e-Business- und eGovern-

Hierzu hatte der Minister dem Ausschuss einen Bericht des Arbeitskreises „KMU-Finanzierung nach Basel II“ (Vorlage 13/1380) mit Möglichkeiten zur Sicherstellung der Mittelstandsfinanzierung übersandt. Danach müssen die Banken und Sparkassen die bewilligten Kredite mit ausreichendem Eigenkapital unterlegen, dessen Mindestquote von der Bonität der Kreditnehmer und der Qualität der Kreditsicherungen abhängt. Für die deutsche Wirtschaft ergebe sich daraus eine ernste Problematik, denn 83 Prozent der kleinen und mittleren Unternehmen hätten einen Jahresumsatz von weniger als fünf Millionen Mark, der Mittelstand stelle aber 80 Prozent der Ausbildungs- und 70 Prozent der Arbeitsplätze.

Der Arbeitskreis fordert Banken und Sparkassen auf, ihre mittelständische Kundenschaft rechtzeitig und umfassend über die neuen Eigenkapitalvorschriften zu informieren. Die Unternehmen müssten künftig ihre Daten den Hausbanken offen legen. Auch „weiche“ Faktoren wie die Persönlichkeit des Unternehmers und die Qualität des Managements würden im künftig vorgeschriebenen Ratingverfahren gewertet. Das Controlling sei für viele (kleinere) Betriebe eine neue anspruchsvolle Aufgabe. Der Arbeitskreis empfiehlte eine Reihe von Hilfsmaßnahmen zur Sicherstellung der Finanzierung von mittelständischen Unternehmen. Das Jahr 2001, fuhr Staatssekretär Hennerkes im Wirtschaftsausschuss fort, sei gleichzeitig ein schlechtes Gründungsjahr gewesen. Gewerbeanmeldungen seien um

4,4 Prozent zurückgegangen. Kernproblem bei Neugründungen sei die Finanzierung. Die Gründungsinitiative „Go!“ solle weiterentwickelt und in Hochschulen integriert, das Bild des Unternehmers in der Öffentlichkeit positiver dargestellt, die Qualität von Gründungen verbessert werden.

ment-Lösungen für Unternehmen und öffentliche Auftragnehmer. Firmeninhaber Materna widmete sich persönlich den Parlamentariern aus Düsseldorf. Als marktreif wurde den Abgeordneten auch eine Neuheit aus Kamp-Lintfort gezeigt: ein Gerät zur Reifendruck-Kontrolle mit Funktechnik für weltweiten Einsatz. Schwere Unfälle aufgrund schlechenden Reifendruckverlusts haben in den USA zur gesetzlich vorgeschriebenen elektronischen Reifenüberwachung ab Ende 2003 geführt. Bei 20 Millionen PKW-Neuzulassungen pro Jahr verspricht sich die Firma hiervon enormes Marktpotential und erwartet die Einführung auch in Europa.



Christian Weisbrich (CDU, l.) und Dr. Gerhard Papke (FDP) äußerten Unmut darüber, dass weder der Wirtschaftsminister noch der Wirtschaftsstaatssekretär anwesend seien. Die Sitzungstermine des Ausschusses seien langfristig bekannt, und es gehöre zu seiner Pflicht, den „Pleitenrekord“ zu behandeln. Die Abwesenheit des Ministers und auch die Inaktivität der Koalitionsfraktionen im Ausschuss sähen fast wie Arbeitsverweigerung aus.

4,4 Prozent zurückgegangen. Kernproblem bei Neugründungen sei die Finanzierung. Die Gründungsinitiative „Go!“ solle weiterentwickelt und in Hochschulen integriert, das Bild des Unternehmers in der Öffentlichkeit positiver dargestellt, die Qualität von Gründungen verbessert werden.

Ursachen

Nach zahlreichen Zusatzfragen der Fraktionssprecher und weiterer Abgeordneter erfuhr die Ausschussmitglieder von Vertretern des Ministeriums, dass es bei Insolvenzverfahren und Unternehmensgründungen deutliche regionale Unterschiede gebe, dass das Ministerium über eine Fülle von Informationen verfüge, eine systematische Erforschung der Ursachen von Insolvenzen jedoch nicht vornehme. Der Staatssekretär stimmte dem Vorschlag der Opposition zu, externen Sachverständigen hierüber einzuholen. Professor Dr. Gerd Bollermann (SPD) riet dazu, die Arbeitsbasis der Transferteile zu verbreitern und die Industrie- und Handelskammern in Gründungsinitiativen einzubeziehen. Christian Weisbrich (CDU) vermutete, auch der zu wenig flexible Arbeitsmarkt und zuviel Bürokratie verursachten Firmenpleiten. Hannelore Brüning (CDU) berichtete von einer Konkurswelle auch bei alteingesessenen Familienbetrieben und sprach die zögerliche Zahlungsmoral von Kommunen an. Hubert Schulte (CDU) ergänzte, es würden existenzgefährdende und oft haltlose Mängelrügen vorgebracht. Rüdiger Sagel (GRÜNE) sah auch eine Marktberreinigung in der Medienwirtschaft als mitverantwortlich für die hohe Zahl von Insolvenzen an.



Messe-Informationen auf dem NRW-Gemeinschaftsstand. Foto: RWTH Aachen

Haushaltsausschuss hörte Experten zu wachsenden Versorgungslasten an

Kapitalstock, Pensionsfonds oder Landesanstalt

Der Haushalts- und Finanzausschuss (HFA) hörte am 18. April Sachverständige zum Thema „Sicherung der Versorgung des öffentlichen Dienstes – Möglichkeiten zur Senkung der Versorgungsleistungen“ an. Experten der Gewerkschaften, der Berufs- und Spitzenverbände, der Versicherungswirtschaft, der Verwaltungs- und der Finanzwissenschaft, aber auch der Bundesinnenminister und die Finanzminister von Bayern, Hessen und Rheinland-Pfalz waren eingeladen. Über Erfahrungen mit Lösungsmodellen berichteten Sachkundige aus Bremen und Remscheid.

Die steigenden Versorgungslasten für Angestellte und Beamte des öffentlichen Dienstes beschäftigten den HFA schon seit längerem. Immer wieder hatten der NRW-Finanzminister und sein Vorgänger auf den kaum noch finanzierbaren Ausgabenanstieg hingewiesen. Auch auf Bundesebene wird die Entwicklung mit Sorge betrachtet. Ausschussvorsitzender Volkmar Klein (CDU) übersandte den HFA-Mitgliedern dazu den 2. Versorgungsbericht des Bundes (Vorlage 13/1376). Danach sind einerseits die Zahl der Versorgungsempfänger (Pensionäre und Rentner/Zusatzversorgung sowie deren Witwen/Witwer und Waisen), andererseits die Höhe der Versorgungsbezüge gestiegen. Der Höchststand soll in Bund und Ländern um das Jahr 2030 erreicht sein und gegenüber dem Jahr 2000 eine Zunahme um 60 Prozent betragen.

Als Ursachen stellt der Bericht des Bundes Personalmehrungen in den 60er- und 70er-Jahren fest, ferner eine höhere Lebenserwartung und längere Ruhegehaltszeiten. Der Zuwachs betreffe vor allem die Länder und hier den Schuldienst. Auf die neuen Länder entfielen zurzeit nur 3000 der insgesamt 525 000 Versorgungsempfänger der Länder. Derzeit betragen die Versorgungsausgaben bei Bund, Ländern und Gemeinden im früheren Bundesgebiet jährlich 43 Milliarden Mark. Sie würden auf 164 Milliarden Mark ansteigen, wenn nicht gehandelt werde, sagt der 2. Versorgungsbericht des Bundes voraus.

In seinem Fragenkatalog bittet der HFA die Sachverständigen um Stellungnahmen zu Lösungen wie: Versorgungsrücklage, einen vollabdeckenden und einen ergänzenden Kapitalstock mit Rückflüssen ab 2015. Letzteres Modell werde vom NRW-Finanzminister vorgeschlagen. Das NRW-Modell sieht vor, für jeden neu eintretenden Beamten einen festen Betrag, zum Beispiel 500 Mark pro Monat, in einen Fonds einzuzahlen. Nächste

hend Auszüge aus den (bis 16.4. vorliegenden) schriftlichen Stellungnahmen.

Aus Rheinland-Pfalz berichtete zunächst Staatssekretär Dr. Ingolf Deubel (Finanzministerium), seit 1996 werde für jeden neu eingestellten Beamten eine Versorgungsrücklage gebildet. Der Fonds werde marktgerecht angelegt und erziele fünf Prozent Zinsen. Das Fondsvermögen betrage derzeit 130 Millionen Euro. Erfasst seien 6 400 von den insgesamt knapp 60 000 Landesbeamten.

Remscheider Modell

Als Experte für das „Remscheider Modell“ erklärte Frank vom Scheid, die Kosten im Alter könne man in den Griff bekommen. Remscheid habe im Jahr 1998 für 318 Versorgungsfälle 15 Millionen Mark aufgebracht und rechne im Jahr 2030 mit 23,5 Millionen Mark für 481 Fälle. Remscheid habe sich nach gründlicher Prüfung für die private Versicherungswirtschaft als Partner entschieden und das Risiko durch Verteilung auf verschiedene Gesellschaften gestreut. Für mehrere Dienstgruppen seien mit Hilfe eines Rechtsanwalts Verträge abgeschlossen worden.

Nachdenken über eine Trennung in „erworbene“ und in „durch Sozialrecht verteilte“ Leistungen der Alterssicherung würde sich lohnen, meint Professor Dr. Gisela Färber (Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer). Denn in der Beamtenversorgung müssten Leistungen nach der Rentengesetzgebung (des Bundes) mitfinanziert, jedoch von den Ländern getragen werden. Sie sprach sich im Übrigen für einen Kapitalstock aus, wobei allerdings dessen Auflösung nicht verhindert werden könne.

Die Versorgungsbelastung stelle sich für die Kommunen anders dar, erklärt Birgitt Collisi (Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spit-

zenverbände). Der Beamtenanteil sei wesentlich geringer, und die meisten Städte und Kreise hätten durch das umlagefinanzierte Instrument der Versorgungskassen vorgesorgt. Reform und Entlastung dürften nicht allein durch Einschnitte bei den Leistungen geschaffen werden.

Mit dem NRW-Modell gelinge es nicht wirklich, die Beamtenversorgung der Aktiven und der Pensionäre zu entkoppeln, äußerte Peter Schwark (Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft). Ein Modell, in dem für alle Jahrgänge Rücklagen aufgebaut würden, die ab 2015 in den Ruhestand gingen, sei vorzuziehen. Zu berücksichtigen sei aber die sich ab 2030 stark verminderte Erwerbsbevölkerung. Versicherungswirtschaftliche Lösungen böten mehr Sicherheit als Fondslösungen.

In der rückgedeckten Pensionskasse würden durch den Dienstherrn die individuellen Pensionsansprüche versichert, erläutert Dr. Egon Plümer, Vorstandsvorsitzender der GVV-Kommunalversicherung. Durch Abschluss von Versicherungen und Zahlung des Beitrags verlege der Dienstherr das finanzielle Risiko auf die Pensionskasse. Das Konzept habe in der Industrie eine lange, sehr positive Tradition.

Für die Deutsche Asset Management Investmentgesellschaft bietet Direktor Helmut Engels dem Land Unterstützung durch ein maßgeschneidertes Anlagekonzept für den Kapitalstock an. Ähnliche Berechnungen stellt Geschäftsführer Christian Heger (Trinkhaus & Burkhardt) an, der ein kapitalgedecktes System nur für finanzierbar hält für neu eingestellte Beamte. Rheinland-Pfalz und Remscheid seien als sinnvoller Einstieg geeignet, lösten aber nicht das Problem. Engels empfiehlt deshalb einen zweiten Kapitalstock zur „Ausgabenglättung“. Dr. Hubertus Mehring (WestLB) hält eine fondsgebundene Versicherungslösung für möglich, die die Vorteile der Versicherungs- und der Fondslösung kombiniere. Zum Schutz vor „nicht zweckentsprechenden Eingriffen“ könne ein Sondervermögen oder ein Versorgungswerk (analog NRW-Landesbetriebe) gebildet werden. Bilanzen und Wirtschaftspläne könnten nachrichtlich in den Haushaltsplan aufgenommen werden.

Krisenhafte Zuspitzung

Die Anhörung komme 30 Jahre zu spät, meint Vorsitzender Ralf Eisenhöfer vom Deutschen Beamtenbund. Die krisenhafte Zuspitzung hätte durch rechtzeitige Vorsorge wie bei den Kommunen vermieden werden können. Der Bund sei für Änderungen beim Versorgungsrecht zuständig, das Land habe dazu keine Kompetenz. Eine Überführung der Beamten in die Rentenversicherung sei nicht finanzierbar und im Übrigen auch nicht kostengünstiger. Ortwin Bickhove-Swidorski (Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft ver.di) hält fortschrittliche Alterssicherungssysteme nur bei Abschaffung des Berufsbeamtentums und Einbeziehen der Beamten in ein gemeinsames System mit tarifvertraglich geregelter Zusatzversorgung für möglich. Beamtinnen und Beamte müssten dann Beiträge entrichten. Dafür müssten aber die Bruttobezüge aufgestockt werden. Andreas Schmidt (Deutscher Gewerkschaftsbund, Bezirk NRW) wirft der Politik fahrlässiges Nichthandeln und Abbau von Versorgungsleistungen vor.



Vor Beginn der Anhörung im Plenarsaal: Staatssekretär Dr. Ingolf Deubel (Finanzministerium Rheinland-Pfalz) im Gespräch mit Professor Dr. Gisela Färber (Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer).

Foto: Schälte

Ein Mann des Ausgleichs: Landtagspräsident Ulrich Schmidt beging seinen 60. Geburtstag

Wäre es nach seiner Mutter gegangen, dann wäre Ulrich Schmidt nie Politiker geworden. Sie riet ihm früh davon ab, sich damit zu beschäftigen, denn Politik sei viel zu wechselhaft und unberechenbar. Doch alles kam ja bekanntlich anders: Ulrich Schmidt begann als 14-Jähriger eine kaufmännische Lehre bei Hoesch in Dortmund, trat 1964 in die SPD ein, wurde 1975 Bürgermeister in Wetter/Ruhr und 1995 Landtagspräsident. Am 10. April feierte der Landtag offiziell seinen 60. Geburtstag in der Villa Horion. Vize-Präsident Dr. Helmut Linssen würdigte ihn in seiner Laudatio als „Mann der Harmonie“.

Der Jubilar mit seiner Frau Marlies im Kreis von Gratulanten: Ministerpräsident Wolfgang Clement (l.), Landtagsvizepräsident Dr. Helmut Linssen (r.) und Präses Manfred Kock (2. v. l.) von der Evangelischen Kirche im Rheinland.
Foto: Schälte



Am 31. März 1942 wurde Ulrich Schmidt geboren, kurz nachdem sein Vater als Soldat in Stalingrad gefallen war. Die Familie geriet wie viele andere nach dem Krieg unverschuldet in wirtschaftliche Not. Der Junge aus Wetter/Ruhr bekam schon früh die Demonstrationen in Bonn mit. Bei diesen Aktionen und später bei dem Protest gegen die Wiederbewaffnung lernte Schmidt, dass man sich selbst engagieren muss, wenn sich politisch etwas bewegen soll.

Soziale Verantwortung

Nach dem Ende seiner Ausbildung bei Hoesch fand Schmidt, so wie es vielen anderen damals auch erging, keine Anstellung im erlernten Beruf. Stattdessen wurde ihm eine Stelle bei der Hoesch-Betriebskrankenkasse angeboten. Fünf Jahre arbeitete er dort am Schalter, bekam tagtäglich mit, wo die sozialen und wirtschaftlichen Probleme der „kleinen Leute“ lagen. Die soziale Verantwortung ist Schmidt nie mehr losgeworden. Schön früh engagierte er sich für die Behindertenhilfe, wo er bis heute als Vorsitzender der Lebenshilfe in NRW und als Vorstand der Evangelischen Stiftung Volmarstein seinen Einsatz sehr ernst nimmt. Schmidt hat sich stark auf die sozialen Fragen konzentriert, denn er ist nach wie vor der Meinung, dass ein Politiker nicht alles wissen kann: „Man bleibt nur glaubwürdig, wenn man kompetent ist.“ Schmidts politische Karriere begann früh: 1964 trat er in die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ein, 1965 bis 1967 stand er den Jungsozialisten Volmarstein vor, seit 1969 ist er Ortsvereinsvorsitzender in Wetter-Volmarstein. Er ist ein Mann der Kontinuität geblieben: Trotz Landtagspräsidenten-Beruf im achten Jahr bleibt er seinem Ortsverein als Vorsitzender treu: „Den Job behalte ich inne und mache ihn auch gerne.“ Die Stationen in der Politik führten Schmidt zunächst 1970 in den Rat der Stadt Wetter/Ruhr. Er war damals zweitjüngstes Ratsmitglied. Von 1975 bis 1995 repräsentierte Schmidt als Bürgermeister seine Stadt Wetter/Ruhr. In die Industriegewerkschaft Metall

trat er 1960 ein, in die Arbeiterwohlfahrt 1968. Am 28. Mai 1975 wurde er in den nordrhein-westfälischen Landtag gewählt, von 1990 bis 1995 wurde er 2. Vizepräsident, engagierte sich für die Stiftung Wohlfahrtspflege. Seit 1995 ist er Landtagspräsident: „Mir macht es viel Freude Vorsitzender des Parlaments und gleichzeitig Chef der Verwaltung zu sein.“ Seine Bilanz als Landtagspräsident kann sich sehen lassen: Seine erste Herausforderung war die Umsetzung einer schlankeren Verwaltung, dann wurde in seiner Zeit das Fraktionsgesetz verabschiedet, die geplante Verkleinerung des Parlaments auf 181 Mitglieder, er schloss eine Vereinbarung zur Integration schwerbehinderter Menschen im Februar diesen Jahres ab und im März diesen Jahres überreichte ihm die Diätenkommission ihr Gutachten zu einer neuen transparenten Vergütung und steuerlichen Gleichstellung von Abgeordneten mit allen anderen Bürgerinnen und Bürgern.

Duett mit Heino

Wer den Privatmann Schmidt kennt, weiß, dass er sich für Kultur interessiert, vor allem alles Moderne mag. Er singt gerne und oft, als Solist, einmal sogar mit dem Volksmusiker Heino im Duett. Von sich selbst sagt er, er sei ein ganz guter 2. Tenor und übt dafür regelmäßig zu Hause. Das offizielle Geburtstagsfest in der Villa Horion sieht Schmidt als Dienstermin an, alle Abgeordneten, das Kabinett, die Konsuln, Vertreter relevanter Gruppen, von der Gewerkschaft über die Wirtschaftsverbände bis zu den Kirchen, haben Gelegenheit, dem Landtagspräsidenten zu gratulieren. Schmidt hat nie verheimlicht, dass er nach der nächsten Landtagswahl nicht mehr als Landtagspräsident zur Verfügung steht. Wer ihn danach fragt, was 2005 kommt, erhält die Antwort: „Ich kann mir unterschiedliche Schwerpunkte vorstellen. Darüber denke ich gerade nach.“ Nur eines weiß er ganz bestimmt: Dass er auch etwas für die Alten im Lande machen will, denn deren Kompetenz würde zurzeit nicht genutzt.

Zehn Jahre nach Rio

Nachhaltige Weltentwicklung

Die Gipfelkonferenz vom 26. August bis 4. September in Johannesburg zur nachhaltigen Entwicklung stand im Mittelpunkt der Beratungen des Ausschusses für Europa- und Eine-Welt-Politik.

Staatssekretärin Christiane Friedrich (Umweltministerium) erklärte, die Bundesregierung habe sich in den internationalen Verhandlungen für folgende Themen eingesetzt: Ressourcenschonung (Energie, Wasser, Biodiversität), Armutsbekämpfung und Umweltschutz, Globalisierung und nachhaltige Entwicklung, Stärkung der UN-Strukturen und Finanzierungsinstrumente.

Die deutsche Delegation werde von Bundeskanzler Schröder geleitet und ca. 100 Personen (Vertreter der Länder, von Nichtregierungsorganisationen und der Wirtschaft) umfassen, teilte die Staatssekretärin mit.

EU-Führungsrolle

Die zuständige EU-Kommissarin Wallström fordert eine Führungsrolle der EU in Johannesburg. Ergebnis von Johannesburg dürften keine weiteren Grundsatzklärungen sein, sondern ein konkreter Aktionsplan mit überprüfbaren Zielen. Jedes Teilnehmerland hat in Johannesburg einen nationalen Nachhaltigkeitsreport vorzulegen. Die Bundesregierung werde in diesen Tagen den ersten Entwurf einer Bilanz vorlegen, welche Fortschritte Deutschland seit Rio auf dem Weg zu Nachhaltigkeit gemacht habe. Parallel hierzu habe die Bundesregierung bereits Ende 2001 den Entwurf einer „Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie“ vorgelegt.

Die Landesregierung bewerte den Entwurf grundsätzlich positiv, sagte Staatssekretärin Friedrich. In NRW selber sei seit Rio einiges auf den Weg gebracht worden. Sie nannte hierzu stichwortartig: Energieagentur, Effizienzagentur, Produktionsintegrierter Umweltschutz. Mehr als die Hälfte aller Kommunen hätten Ratsbeschlüsse zur Umsetzung einer nachhaltigen Entwicklung gefasst. Für kommunale Projekte hierzu würden den Kommunen 26 Cent pro Einwohner direkt zugewiesen. In Bonn sei die Agenda-Transferstelle und vielerorts seien Stellen für Eine-Welt-PromotorInnen eingerichtet worden. Ferner unterstütze das Land die Fair-Handels-Kampagne und habe die NRW-Stiftung für Umwelt und Entwicklung gegründet.

Die Sprecherin der CDU im Ausschuss, Ilka Keller, hielt eine Erhöhung der staatlichen Entwicklungshilfe für dringend geboten. Der Anteil der Entwicklungshilfe, gemessen am Bruttosozialprodukt, sei viel zu gering. Auch gehe es um mehr Hilfe zur Selbsthilfe.

Für Interessierte bietet die Landesregierung Informationen auf der Web-Site „nrw-johannesburg.de“ an.

NRW errichtet eine Gemeindeprüfungsanstalt

Im Ausschuss für Kommunalpolitik brachten die Koalitionsfraktionen SPD und GRÜNE am 10. April Änderungsanträge zum Gesetzentwurf der Landesregierung zur Errichtung einer Gemeindeprüfungsanstalt ein, die mehrheitlich angenommen wurden. Anschließend stimmte die Ausschussmehrheit dem so geänderten Gesetzentwurf gegen die Stimmen von CDU und FDP zu. Vorbehaltlich der Verabschiedung des Gesetzes durch das Landtagsplenum wird die neue Anstalt zum Jahresbeginn 2003 errichtet und mit einer Anschubfinanzierung aus den Gemeindefinzen in Höhe von fünf Millionen Euro ausgestattet. Bisher nahmen 36 Rechnungsprüfungsämter der Kreise und Städte die Aufgaben der Prüfung der Gemeindefinzen wahr.

Heinz Wirtz (SPD) erläuterte die Änderungen. Kreisangehörigen Gemeinden würden Vereinbarungen mit dem Kreis zur Übernahme der Rechnungsprüfung gegen Kostenerstattung ermöglicht. Und: Die neue Gemeindeprüfungsanstalt solle Körperschaften öffentlichen Rechts in Wirtschaftlichkeits- und Baufragen beraten. Die beiden

Fraktionen wollen außerdem die Anschubfinanzierung für die Anstalt im Gründungsjahr auf fünf Millionen Euro erhöhen anstatt 2,9 wie im Entwurf vorgesehen, zu finanzieren durch Vorwegabzug im Gemeindefinanzierungsgesetz.

Für die FDP lehnte Dr. Ingo Wolf die neue Anstalt als „Missgeburt“ und neue Bürokrati-

tie ab. Er wies auf das bessere hessische Modell einer Privatisierung hin und befürchtete doppelte Personalvorhaltung für längere Zeit. Ebenfalls dagegen sprach sich Wolfgang Schmitz für die CDU aus. Franz-Josef Britz (CDU) kritisierte die gesetzliche Festbeschreibung der Beratungsfunktion, die besser freiwillig geregelt werden sollte. Auch sei Zentralisierung das Gegenteil der sonst bei Verwaltungsmodernisierung vorgegebenen Grundsätze.

Ewald Groth (GRÜNE) und Heinz Wirtz (SPD) verteidigten die Neuerrichtung mit dem Hinweis auf unnötige Mehrfachprüfungen gleicher Sachverhalte durch zurzeit 36 gemeindliche Prüfungsämter. Die neue Anstalt könne nicht auf das Know-how der kommunalen Prüfer verzichten, sich aber Sachverstand von außen zukaufen. Der anwesende Innenminister Dr. Fritz Behrens äußerte sich nicht zu dem Entwurf.



Nach einem Zwischenruf „kriminelle Energie“ drohte ein Ende der sachlichen Aussprache über die Bewertung der „Rotbuchung“, doch die Fraktionssprecher kehrten zum gemeinsamen Interesse an Haushaltsklarheit und Budgethoheit zurück (v. l.): Heinz Wirtz (SPD), Ewald Groth (GRÜNE), Franz-Josef Britz (CDU), Dr. Ingo Wolf (FDP).

Fotos: Schälte

Landesinstitut für Qualifizierung in Solingen

Zum 1. April hat die Landesregierung das „Landesinstitut für Qualifizierung“ (LfQ) errichtet. Das teilte Harald Schartau, Minister für Arbeit/Soziales/Qualifikation/Technologie, dem Schulausschuss und dem Eine-Welt-Ausschuss mit Schreiben vom 19. März mit (Vorlage 13/1344). Standorte des LfQ sind vorerst Solingen und Soest. Mittelfristig sollen die beiden Einrichtungen räumlich zusammengeführt werden. Vorläu-

figer Sitz ist Solingen. Der endgültige Sitz werde noch festgelegt, heißt es im Erlass (Vorlage 13/1343).

Das neue Landesinstitut sei der Zusammenschluss des Landesinstituts für Internationale Berufsbildung (Solingen) und der Abteilung Weiterbildung des Landesinstituts für Schule und Weiterbildung (Soest), teilte der Minister mit. Dadurch würden die Aufgaben konzeptionell zusammengeführt und

die Kompetenzen beider Einrichtungen gestärkt. „Entwicklung, Begleitung und Evaluation von Projekten sowie der Transfer der Ergebnisse in die Aus- und Weiterbildungslandschaft NRW“ gehörten zu den Aufgaben des LfQ. Die Angebote sollten die Arbeitsmarkt-, Sozial- und Technologiepolitik stärken.

Zur Unterstützung der internationalen Aktivitäten und der Eine-Welt-Arbeit der Landesregierung wird laut Erlass im LfQ eine Koordinierungsstelle eingerichtet, mit zwei Mitarbeiterinnen des höheren Dienstes.

„Rotabsetzung“ grundsätzlich zulässig Schwarze Kasse Neuss im Kommunalausschuss

Auf Antrag der SPD informierte ein Vertreter des Innenministeriums den Ausschuss für Kommunalpolitik (Vorsitzender Jürgen Thulke, SPD) in der Sitzung am 10. April über „Schwarze Kassen bei der Stadt Neuss“. Die abschließende Beratung von Gesetzentwürfen der SPD/GRÜNEN für ein Hundegesetz NRW, der Landesregierung zur Neuregelung des Sparkassenrechts und der CDU zur Änderung des Wasserrechts vertagte der Ausschuss mit Rücksicht auf Anhörungen am 19. April, am 2. Mai und am 12. Juni.

Der Stadt Neuss sei durch die „schwarze Kasse“ kein Schaden entstanden, es habe sich niemand persönlich bereichert, und auch dem kommunalen Finanzausgleich habe das Neusser Verfahren nicht geschadet, erläuterte Ministerialrat Edgar Quasdorff (Innenministerium). Aber: So genannte „Rotabsetzung“ sei nicht zulässig, wenn Beträge übertragen würden, die nicht mehr der Abwicklung laufender Geschäfte dienten. Jedoch sei die Höhe der im Neusser Haushalt übertragenen Mittel von 34 Millionen Euro bedenklich. Auch sei das Budget-

recht des Stadtrats betroffen. Die Übertragung zweckgebundener Ausgaben in das nächste Etatjahr ermögliche eine flexible Haushaltsführung.

Als Sprecher ihrer Fraktionen hatten Heinz Wirtz (SPD), Ewald Groth (GRÜNE), Franz-Josef Britz (CDU) und Dr. Ingo Wolf (FDP) zahlreiche weitere Fragen: „Rotbuchungen“ seien seit dem Jahr 2000 untersagt, warum weder dem Bürgermeister noch dem Rat das Volumen des Grundstücksfonds bekannt gewesen sei, was mit dem Geld geschehen sei, ob man damit auch

die Neuverschuldung hätte absenken könne, ob damit spekuliert worden sei, warum der Empfehlung des Neusser Rechnungsprüfungsausschusses ab dem Jahr 1999 nicht gefolgt worden sei, die Mittel offen auszuweisen.

Ministerialrat Quasdorff wies darauf hin, dass genauere Überprüfungen im Gange seien und das Innenministerium den abschließenden Bericht der Stadt Neuss in ein bis zwei Wochen erwarte. Die Monatsberichte über den Grundstücksfonds seien ab 1998 nur noch vom Abteilungsleiter und vom Kämmerer, nicht mehr vom Hauptverwaltungsbeamten (Bürgermeister) abgezeichnet worden.

Nach weiteren, teilweise parteipolitisch zugespitzten Wortmeldungen stellten die Sprecher klar, dass alle Fraktionen an Haushaltswahrheit und -klarheit festhalten und das Budgetrecht der Räte nicht eingeschränkt wissen wollten. Das Innenministerium konnte melden, dass es sofort nach Lektüre des Berichts der Rechnungsprüfer des Kreises Neuss tätig geworden sei.

Unterausschuss Metrorapid

Viele Fragen zur Haltung der Bahn und zum Finanzierungskonzept

Um die Gründung der Projektgesellschaft, um das Finanzierungskonzept für den Metrorapid, um „Sowieso-Maßnahmen“ beim Schienenausbau und um die kommunale Beschlusslage zum Projekt Metrorapid ging es in der von Gerhard Wirth (SPD) geleiteten Sitzung des Unterausschusses Metrorapid des Verkehrsausschusses am 10. April. Verkehrsminister Ernst Schwanhold bemühte sich, Zweifel von Unterausschussmitgliedern an der Finanzierbarkeit, vor allem „ohne Risiko für das Land NRW“, zu beseitigen.

Im Februar war die Machbarkeitsstudie (des Bundes) im Unterausschuss vorgestellt worden. Nach einer Regierungserklärung von Ministerpräsident Wolfgang Clement am 1. März hatten SPD, GRÜNE und FDP dem Bau der Magnetschwebbahn durch das Ruhrgebiet zugestimmt, nachdem der Bund 1,75 Milliarden Euro für NRW zugesagt hatte („Landtag intern“ Ausgabe 2/2002). In namentlichen Abstimmungen wurde eine befürwortende SPD/GRÜNE-Entscheidung angenommen, eine ebenfalls befürwortende FDP-Entscheidung jedoch abgelehnt. Darin sollte an Stadträte und Regionalräte appelliert werden, das Projekt nicht zu verzögern, und an Bundestagsabgeordnete, die Bundesmittel für den Metrorapid im Haushalt 2003 abzuschließen. Die CDU lehnte den Metrorapid im Ruhrgebiet ab und sprach sich in ihrem Antrag für einen „Eurorapid“ zwischen Rhein-Ruhr und der niederländischen Randstad-Region und einen schnellen S-Bahn-Ring im Rhein-Ruhr-Raum aus. Ihr Antrag wurde abgelehnt.

Dienstleistungsvertrag mit der DB gedacht. Auch ein anderer Generalunternehmer komme infrage.

Marianne Thomann-Stahl (FDP), Gerhard Wächter (CDU) und auch Peter Eichenseher (GRÜNE) fragten, wie das Projekt zustande kommen solle, wenn weder die DB noch das Land ein finanzielles Risiko übernehmen wollten. Auf Nachfragen von CDU und FDP und Hinweis auf übliche Risikokalkulationen von 10 bis 15 Prozent bei Großprojekten räumte Schwanhold ein, ein „Nullrisiko“ sei nicht realistisch. Und Vorsitzender Wirth ergänzte, der Landtagsbeschluss vom 1. März müsse notfalls geändert werden.

Bei der Erörterung des Finanzierungskonzepts sprach Heinz Hardt (CDU) die bevorstehende Änderung des Regionalisierungsgesetzes an, die auch Zuschüsse zu Fahrzeugen der Magnetschwebetechnik ermöglichen soll. Minister Schwanhold teilte mit, der Änderungsentwurf werde am 16. April im Kabinett behandelt, danach den Verbänden zur Stellungnahme übergeben. Peter Eichenseher (GRÜNE) lehnte höhere Zuschüsse für die Metrorapid-Fahrzeugbeschaffung ab und bat um Überarbeitung des Finanzierungskonzepts, das eine Lücke von 950 Millionen Euro enthalte. Auch Gerhard Wächter (CDU) sprach sich für die Gleichbehandlung aller Schienenfahrzeuge aus. Minister Schwanhold widersprach der Befürchtung, der übrige Schienennahverkehr werde durch den Metrorapid geschwächt. Er wies darauf hin, dass NRW Vorleistungen erbracht und den modernsten Fahrzeugpark habe und dass Regionalisierungsmittel für Metrorapid-Fahrzeuge erst ab dem Haushalt 2005 gebraucht würden.



Für die SPD sprach Wolfgang Drese (neben Charlotte Kann, SPD) im Unterausschuss vom „letzten Aufbäumen der Gegner“ des Metrorapid; Heinz Hardt (CDU, l. neben Gerhard Wächter, CDU) hielt die Änderung des Regionalisierungsgesetzes im Hinblick auf Fahrzeugförderung auch für Magnetschwebetechnik für „tricky“; Marianne Thomann-Stahl (FDP, unten, l.) äußerte sich irritiert über Pressemeldungen mit unterschiedlichen Standpunkten von SPD und GRÜNEN und Peter Eichenseher (GRÜNE, unten r.) bat um den Wortlaut eines Gutachtens sowie Überarbeitung des Finanzierungskonzepts. Fotos: Schäfer

Verhandlungen

Mehr als zwei Stunden lang erörterten die Verkehrspolitiker im Unterausschuss am 10. April Fragen und Antworten zur Finanzierung des 3,2-Milliarden-Projekts. Minister Schwanhold teilte mit, die Verhandlungen mit der Deutschen Bahn AG über die Gründung einer Projektgesellschaft seien noch nicht abgeschlossen. Einig sei man sich darüber, dass die DB die Verantwortung für die Technik und das Land die kaufmännische Leitung übernehmen würden. Das Projekt müsse aber ausgeschrieben und dem Wettbewerb geöffnet werden. Die europäischen Vergaberichtlinien müssten schon wegen der EU-Fördermittel „für transeuropäische Netze“ eingehalten werden. Das Land werde weder Auftraggeber noch Betreiber des Projekts sein. Die abschließende Bewertung der Machbarkeitsstudie durch die DB liege noch nicht vor. Im Ministerium werde an einen

Anhörung zum Güterkraftverkehr in NRW

Der Verkehrsausschuss hörte am 22. April Sachverständige zum Thema „Güterkraftverkehr in NRW“ in ganztägiger öffentlicher Sitzung an. Er bat um Stellungnahmen zu fünf Themenbereichen, und zwar 1. deutsche und europäische Verkehrs-

politik, 2. Straßengüterverkehr, 3. Güterkraftverkehrsgewerbe, 4. Schienengüterverkehr, 5. Baumaßnahmen. Im Bereich Verkehrspolitik ging es vor allem um die Einführung der LKW-Maut (Bericht in der nächsten Ausgabe).



Der Verkehrsausschuss nutzte einen Informationstermin bei der Geschäftsführung über die Entwicklungsperspektiven des Flughafens auch zu einer Sonderfahrt mit dem People Mover von der Abfertigungshalle A/B zum Flughafenbahnhof.

Lehrerausbildungsgesetz: Anpassung an europaweit übliche Strukturen

Seit 1975 ist das damals verabschiedete Lehrerausbildungsgesetz in seinem Kern unangetastet geblieben. In ihm ist die Orientierung der Lehrerausbildung an Schulstufen, also eine Abkehr von der Ausrichtung auf Schulformen, festgelegt. Da in dieser Richtung erwartete Schulstrukturreform ausgeblieben ist, habe dies, so heißt es im aktuellen Gesetzentwurf (Drs. 13/2084), „Passungsprobleme zwischen Ausbildung und Beschäftigung“ ausgelöst. Was im bestehenden Lehrerausbildungsgesetz bislang außerdem keine Berücksichtigung gefunden habe, ist eine konsekutive Studienstruktur nach dem Bachelor-Master-Prinzip. Ein solches Zwei-Stufen-Modell aber entspräche der von den europäischen Bildungsministern beschlossenen Angleichung der tertiären Ausbildungsstrukturen.

Der Gesetzentwurf der Landesregierung vom Dezember 2001 bietet nun für beide Probleme Lösungen an, indem es die Einführung stufenübergreifender schulformbezogener Lehrämter und die Erprobung konsekutiver Studiengänge anregt. Anfang April waren Sachverständige dazu aufgerufen, sich vor dem Ausschuss für Schule und Weiterbildung sowie für Wissenschaft und Forschung zu diesen im Gesetzentwurf unterbreiteten Vorschlägen zu äußern. Dr. Jürgen Schmitter, der für die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Stellung bezog, beklagte den Mangel an „klaren Zielvorgaben und Aufträgen“ — Bedenken, die Barbara Kols-Teichmann (Landeselternschaft der Gymnasien NRW) teilte: Die Abweichungen in der Öffnungsklausel seien nicht präzisiert, führte sie aus. Bedauern formulierte auch der Sprecher des Philologenverbands NRW, Peter Silbernagel, indem er die Reihenfolge, „erst fachwissenschaftliche, dann erziehungswissenschaftliche Ausbildung“, kritisierte und eine enge „Verzahnung von Fachwissenschaft und Didaktik forderte. Zudem, so Peter Silbernagel, müsse die Professionalisierung, nicht Polyvalenz gestärkt werden; schließlich habe eine gesteigerte Professionalisierung eine

größere Polyvalenz zur Folge. Diese Ansicht erntete den Zuspruch des Verbandes der Lehrerinnen und Lehrer an Berufskollegs NRW, für den Ludwig Geerkens sprach. Ulrich Brambach vom nordrhein-westfälischen Lehrerverband monierte, das Gesetz vollziehe die angestrebte Abwendung vom Stufenmodell nicht, führe jedoch aufgrund des disparaten und gänzlich überfrachteten Lehramtes zu einer Entprofessionalisierung der Realschullehrer. Diese Entwicklung stuft Brambach als den Erfolg der Realschule gefährdend ein — der nämlich basiere auf der eigenen Ausbildung, die auch für die Grundschule wünschenswert sei. Eine genauso ablehnende Haltung gegenüber dem kombinierten Lehramt Grundschule, Hauptschule und Realschule nahmen Stephanie Dern, Vertreterin des Vereins Katholischer Deutscher Lehrerinnen, und Dr. Karl-Heinz Vogt (Katholisches Büro NRW) ein; Professor Dr. Peter Bender von der Universität bezeichnete das Konglomerat gar als „sachwidrigen Anachronismus“, und Sigrid Beer, Landeselternrat der Gesamtschulen in NRW, sah in der Wiederbelebung des Volksschulamtes einen Hinweis auf gesellschaftliche Ungleichheit und eine Zweiklassengesellschaft in der Lehrerausbildung. Udo Beckmann (Verband Bildung und Erziehung NRW) hingegen akzeptierte eben dieses Lehramt Grund-, Haupt- und Realschule. Er bestand aber auf einer engeren Vernetzung von Fachdidaktik, Erziehungswissenschaften und Fachwissenschaft — ein Ansinnen, über das Einigkeit herrschte, von

Experimentelle Studienmodelle

Professor Dr. Reinhold Grimm (Universität Jena) allerdings noch um „das Wesentliche“ ergänzt wurde: das auch von Professor Dr. Antonius Hansel, Vertreter der Universität Rostock, vermisste ausgewogene Verhältnis zwischen Erziehungswissenschaften, Fachdidaktik und Fachwissenschaften. Während dieser sich aber gegen die Öffnungsklausel richtete, begrüßte Professor Dr. Reinhold Grimm sie als Möglichkeit, experimentelle Studienmodelle zu erproben. Andreas Pfenning begriff diesen Passus gleichfalls als Chance — wenn die Evaluation sich solide und ergebnisoffen gestalte, schränkte er ein. In einen umfassenden gesellschaftlichen Kontext stellte Dr. Hans Eckhard Lubrich vom Evangelischen Büro NRW die Novelle, als er die Beschäftigung mit ethischen Fragen als dringend geboten betrachtete und im Gesetzestext vermerkt wissen wollte.

Inka Wichmann



Blick in die Leitstelle des Polizeipräsidiums Aachen: Hier wird der Polizeifunk parallel in der herkömmlichen analogen und der künftigen digitalen Technik abgewickelt. Ausschussvorsitzender Stallmann (4. v.l.) und Innenminister Behrens (3. v.l.) zeigten sich beeindruckt.

Digitaler Polizeifunk

Über Einsatzfähigkeit und Nutzen des Digitalfunks für die Polizei hat sich unter dem Vorsitz von Klaus Stallmann (CDU) der Ausschuss für Innere Verwaltung und Verwaltungsstrukturreform im Polizeipräsidium Aachen informiert. Dort läuft seit Mitte 2001 das Pilotprojekt Digitalfunk Aachen als gemeinsames Projekt des Bundes und der Länder. Die Region wurde ausgewählt, weil hier neben der Erprobung im täglichen Betrieb der BOS (Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben) zugleich die Systemtauglichkeit im grenzüberschreitenden Raum — hier mit den Regionen Lütlich/B und Maastricht/NL — getestet werden soll.

Der Leiter der Projektgruppe BOS-Digitalfunk, Polizeirat im nordrhein-westfälischen Innenministerium Rüdiger Korp, erläuterte die Aufgaben der Projektgruppe, die Vorzüge digitaler Funksysteme — hier des TETRA (Terrestrial Trunked Radio)-Standards — gegenüber analogem Bündelfunk und GSM. Für ein digitales Funksystem seien im so genannten Schengen-Katalog die Anforderungen an ein modernes Kommunikationsnetz und die tragende Technik formuliert worden. Die künftigen Endgeräte sollen auch Paging, Kurznachrichten (SDS — Short Data Service —, vergleichbar mit dem bekannten SMS), kurzfristigen Verbindungsaufbau, kurze Signallaufzeit und eine automatische Verwaltung der Kommunikationskanäle erlauben.

Der Modellversuch bedient sich der digitalen TETRA-Technik. Vertreter der Partnerfirma im Pilotprojekt erläuterten den europäischen Standard von TETRA: Schneller Verbindungsaufbau, Ende zu Ende — Verschlüsselung, Gruppenmodus, dynamische Gruppenbildung, sehr hohe Verfügbarkeit von Frequenzen in einem exklusiven Netz für BOS.

Im Aachener Pilotprojekt wirken Polizei, Feuerwehr, Katastrophenschutz, Rettungsdienste, Bundesgrenzschutz und Zoll zusammen. Die Projekte in den Nachbarländern sind vergleichbar aufgebaut. Das niederländische System C 2000 wurde vom Vertreter des dortigen Innenministeriums, Steenbakkers, vorgestellt. Auch er lobte die Vorzüge der multidisziplinären TETRA-Technik, wobei neben bereits genannten Vorteilen die Abhörsicherheit und mögliche Kommunikationsprioritäten (zum Beispiel Notruf) erwähnt wurden. Er erläuterte wie sein belgischer Kollege Yves Delvaux die Kosten und die Finanzierung des Systems.

Bei allem müsse gesehen werden, dass sich herkömmliche Funkgeräte nicht mehr in beliebiger Zahl beschaffen lassen; die Hersteller ziehen sich mehr und mehr aus dem Geschäft zurück, Ersatzteile werden rar und damit teuer. Bei einer bundesweiten Einführung der neuen Digitalfunksysteme werden zwar Investitionskosten in Milliardenhöhe auf die öffentlichen Haushalte zukommen, die unbestreitbaren Vorteile in der Kriminalitätsbekämpfung, beim Einsatz in Katastrophenlagen sowie im täglichen Betrieb der Sprach-, Bild- und Datenkommunikation der BOS liegen nach Meinung der Fachleute jedoch auf der Hand.

Wolfgang Fröhlecke

Zeche Zollverein: ein Museum mit überregionalem Ruf

Nach vier Jahren ist es in Münster unter dem Vorsitz von Renate Düttmann-Braun (CDU) wieder zu einer gemeinsamen Sitzung der Kulturausschüsse der Landschaftsversammlungen Westfalen-Lippe und Rheinland sowie des Landtags Nordrhein-Westfalen gekommen. Dabei standen Kulturauftrag und -politik der Landschaftsverbände im Verhältnis zum Land NRW im Mittelpunkt.

Nach Grußworten von Dieter Gebhard (SPD), Vorsitzender des Kulturausschusses der Landschaftsversammlung Westfalen-Lippe, und Wolfgang Schäfer, Direktor des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe, legte Kulturminister Dr. Michael Vesper (GRÜNE) einen Bericht seines Ministeriums zum aktuellen Stand der Kulturpolitik zwischen Land und Landschaftsverbänden vor. In vielerlei Hinsicht, so der Minister, gebe es auf dem Gebiet der Kulturarbeit enge Berührungspunkte, etwa bei der Entwicklung der Landesmuseen sowie bei gemeinsamen Kulturprojekten entlang der Rheinschiene, dem Münsterland, der grenzüberschreitenden Region Aachen sowie in Südwestfalen. Besonders positiv fiel die Zwischenbilanz des Ministers hinsichtlich des Aufbaus der Industriemuseen an 14 Standorten im Land aus. Die Industriekultur sei wie ein Schatz gehütet worden, damit nachfolgende Generationen die Wurzeln ihrer Herkunft erkennen und Orte der Erinnerung an die industrielle Vergangenheit des Landes bewahrt werden. Einen eindringlichen Appell richtete Vesper an die Vertreter der Landschaftsverbände in Bezug auf die beschlossene Gründung des Ruhrmuseums in Essen. Es gelte, das kürzlich zum Weltkulturerbe ernannte Areal der Zeche Zollverein nicht zu einem „Heimatmuseum“, sondern zu einem Muse-

um für die gesamte Region und darüber hinaus auszubauen und es als ein „Scharnier zwischen Kunst- und Industriemuseen“ zu begreifen. Aber auch bei der Förderung eines Museums für Gegenwartskunst, dem sich die Landesregierung verschrieben hat, bedürfe es noch einer verbindlichen Verständigung.

Den Worten des Ministers pflichtete Dieter Patt (CDU) in seiner Funktion als Vorsitzender des Kulturausschusses Rheinland weitgehend bei. Patt bekräftigte in seinem Plädoyer für die regionale Kulturpolitik, dass es



Die Vorsitzende des Landtagskulturausschusses Dr. Renate Düttmann-Braun, flankiert vom Kulturminister des Landes, Dr. Michael Vesper (r.), und den Vorsitzenden des rheinischen sowie des westfälischen Kulturausschusses der beiden Landschaftsversammlungen, Dieter Patt (2. v. r.) und Dieter Gebhard (l.).

Foto: L.WL

vielfältige regionale Allianzen zwischen Landschaftsverband und Land gebe, es aber in der Kulturpolitik und der gemeinsamen Zusammenarbeit darum gehen müsse, nicht Institutionen, sondern die Menschen zu erreichen. Dies setze voraus, dass Fördermittel für die Kultur dort eingesetzt werden, wo sie vor Ort gebraucht werden. Patts Vorschlag, zur Überprüfung der Fördersituation einen Fachausschuss einrichten, stieß in der späteren Aussprache beim Minister allerdings auf wenig Gegenliebe, sei doch bereits für diesen Zweck vom Land eine Landeskulturkonferenz einberufen worden.

Eine harmonische Zusammenarbeit zwischen Landtag, dem Ministerium und den an der Förderung beteiligten Bezirksregierungen wurde anschließend von Dieter Gebhard (SPD) für den Landschaftsverband Westfalen-Lippe bestätigt. Seine Kritik richtete sich allein auf die bislang noch ausstehende, gemeinsame Präsentation der rheinischen und westfälischen Industriemuseen in der Öffentlichkeit. Es müsse zuerst das kulturelle Netz der Industriekultur in NRW als Ganzes wahrnehmbarer gemacht werden. Später könne die Kooperation mit den Standorten der Internationalen Bauausstellung Emscherregion wie der Zeche Zollverein in Essen, der Jahrhunderthalle in Bochum oder der Stahlhütte in Duisburg-Meiderich folgen. Beträchtlicher Investitionsbe-

darf bestehe aber noch, um den Museumsbetrieb an einigen Standorten überhaupt aufnehmen zu können.

In wesentlichen Punkten der Zusammenarbeit zwischen Land, Landschaftsverbänden und Landtag herrschte große Übereinstimmung. Zuletzt stand der Haushaltsvollzug 2002 auf der Agenda des Kulturausschusses. Das Haushaltsgesetz sieht dort eine Erwirtschaftung einer Einzelplan bezogenen Minderausgabe in Höhe von knapp 14 Millionen Euro vor. Das Ministerium berichtete dem Ausschuss, dass davon eine Million von der Kultur zu tragen sind. *Olaf Gisbertz*

Sieg des Föderalismus – Bundestagself vom Fußballplatz gefegt

Schlüpfrißes Geläuf, böige Winde, dämmeriges Licht – die Rahmenbedingungen waren alles andere als glänzend. Trotzdem entwickelte sich nach einer kurzen Periode des Abstastens ein spektakuläres Fußballmatch zwischen dem FC Bundestag und dem FC Landtag NRW. Es ging im Friedrich-Jahn-Sportpark am Prenzlauer Berg vor allem um Fußball, aber auch um mehr. Wie immer, wenn die Provinz gegen die Metropole antritt, waren auch Superioritäts- bzw. Inferioritätsgefühle im Spiel und das Bemühen, diese zu bestätigen oder außer Kraft zu setzen.

Der FCL fand sehr schnell zu seinem Spiel, selten hat man das Team so kompakt, gut gestaffelt und vor allem so diszipliniert gesehen, aber das war gegen die hoch eingeschätzte Mannschaft des Deutschen Bundestags auch absolut notwendig. Voller Begeisterung registrierten die Fans des FC Landtag, dass der Föderalismus lebt, dass der nordrhein-westfälische Gliedstaat dem Bund mehr als Paroli bot und sich sehr bald von dessen goldenem Zügel befreite – natürlich nur fußballsymbolisch. Keine Spur von Selbstentmachtung der Länderparlamente, stattdessen ein deutlich vernehmbares Pochen auf die verbliebenen Kompetenzen.

Die Abwehr um Wolfgang Euteneuer stand sehr sicher. Werner Jostmeier, Wolfgang Hüskens, Ralf Jäger, Bernhard Tenhumberg und Dietmar Brockes hatten ein dichtes Defensivnetz geflochten, das kaum ein Durchkommen zuließ. Und wenn dies dem FC

Bundestag doch gelang, dann wurde es eine Beute von Tiger Jupp Sieberts Krallen. Die Mannschaftsteile des FC Landtag griffen beinahe reibungslos ineinander. Das Mittelfeld mit Thomas Mahlberg und Armin Brux, der nach jahrelanger Verletzungspause ein bemerkenswertes Comeback feierte, zog sich, wenn nötig, elastisch zurück und stieß raubtierartig in die offenen Räume vor. Norbert Stiens war immer anspielbereit und setzte mit seinen klugen Pässen immer wieder die Spitzen Käpt'n Güla (Günter Langen) und Werner Mayer ein. Forciert wurde das Offensivspiel des FCL noch dadurch, dass sich Wolfgang Euteneuer und Jürgen Cosse in Ramba-Zamba-Manier in die Vorstöße einschalteten. (Kleiner Exkurs für die jüngeren Leserinnen und Leser: Bei der Europameisterschaft 1972 praktizierten Franz Beckenbauer und Günter Netzer Ramba-Zamba. Das deutsche Team, das damals Europameister

wurde, gilt auch 30 Jahre später noch als das, das den besten Fußball spielte.)

Bei Halbzeit führte der FCL 1:0. Das Tor hatte Jürgen Cosse erzielt. In wirkliche Gefahr geriet der FCL nur kurz nach dem Seitenwechsel. Da hatte der FC Bundestag eine große Chance zum Ausgleich, und wenn das Ding gesessen hätte, wäre das Spiel vielleicht doch gekippt. So aber strich das Leder am langen Pfosten vorbei und wenige Minuten später traf der lauffreudige Werner Mayer, der Kosmopolit in den Reihen des FCL, zum vorentscheidenden 2:0, ja mei ... Jürgen Cosse erzielte dann seinen zweiten Treffer, indem er wiederum, die Situation gut erfassend, den Ball an der Bundestagsabwehr platziert in die freie Torecke einschob. Den Schlusspunkt zum etwas zu deutlichen 4:0 setzte dann der FCL-Wirbelwind Kalli Klose, der eine fein getimte Ecke von Norbert Stiens per Kopf in die Maschen des Bundestags wuchtete. Die dritte Spielzeit gestaltete sich dann auf Einladung der NRW-Landesvertretung sehr kommunikativ und nahrhaft in der Kälte der Bremer Landesvertretung. Herzlichen Dank. Gesprächsthemen waren neben Fußball auch Politik und Entertainment. Güla bewies einmal mehr sein Sanges-, Rezitier- und Regisseurtalent.

Enquetekommission „Zukunft der Pflege“ konstituiert

Gemkow: Mängel nicht verschweigen

Unter Leitung von Landtagsvizepräsident Jan Söffing (FDP) konstituierte sich am 14. April die Enquetekommission „Situation und Zukunft der Pflege in NRW“. Die 3. Enquetekommission des 13. NRW-Landtags (nach „Zukunft einer frauengerechten Gesundheitsversorgung in NRW“ und „Zukunft der Städte“) wurde im Januar vom Landtag auf Antrag der CDU beschlossen. Ihr gehören 15 ordentliche Mitglieder an.

Zur Vorsitzenden wählte die Enquetekommission die CDU-Abgeordnete Angelika Gemkow. Stellvertretender Vorsitzender wurde Günter Garbrecht (SPD).

Nach ihrer Wahl zur Vorsitzenden erklärte Angelika Gemkow (CDU), wichtig seien ihr, dass Pflegefehler und -defizite nicht länger tabuisiert würden. Das gelte für Pflegeheime ebenso wie für ambulante Pflegedienste, aber auch für die oft unzureichende Pflege

zu Hause. Pflege bedeute aber auch hohen persönlichen Einsatz für schwere Arbeit, in der Regel durch Frauen.

Frau Gemkow äußerte sich zufrieden darüber, dass der NRW-Landtag als erstes Parlament in Deutschland Pilotarbeit für diesen wichtigen gesellschaftspolitischen Bereich übernehme. Das Interesse sei groß, die Erwartungen hoch und es gebe schon viele Angebote zur Mitarbeit. Die Enquete-

kommission wolle herausarbeiten, was für ein menschenwürdiges Alter, für Pflege und Sterben in NRW wichtig und notwendig sei.

Weitere Mitglieder: Britta Altenkamp, Gabriele Gorcitz und Ralf Jäger (Sprecher, alle SPD), Rudolf Henke (Sprecher), Ursula Monheim (beide CDU), Dr. Jana Pavlik (FDP) und Barbara Steffens (GRÜNE).

Als Sachverständige wurden benannt: Professor Dr. Doris Schaeffer (Institut für Pflegewissenschaft der Universität Bielefeld), Professor Dr. Gerhard Naegele (Institut für Gerontologie der Universität Dortmund), Professor Dr. Sabine Bartholomeyczik (Institut für Pflegewissenschaft der Universität Witten/Herdecke). Helmut Wallrafen-Dreisow (Sozial-Holding der Stadt Mönchengladbach), Dr. Frank Ziesche (Bundesverband privater Alten- und Pflegeheime) und Christel Bienstein (Institut für Pflegewissenschaft der Universität Witten/Herdecke).

Konzertierte Aktion gegen Brustkrebs

Diabetes-Vereinbarungen in Nordrhein

Zahl der Diabetiker im Alter von 18 - 79 Jahren

Nahezu die Hälfte der Diabetiker in Nordrhein durch die Vereinbarung erfasst.



Dr. Leonhard Hansen bei seinem Vortrag

Nahezu die Hälfte aller Diabetiker im Bereich der Kassenärztlichen Vereinigung (KV) Nordrhein wird durch die weltweit größte Längsschnittstudie zur ambulanten Diabetikerversorgung in das strukturierte Behandlungskonzept eingebunden. Dies erklärte Dr. Leonhard Hansen, erster Vorsitzender der Kassenärztlichen Vereinigung Nordrhein, auf der Sitzung des Gesundheitsausschusses unter dem Vorsitz von Bodo Champignon (SPD) Mitte April. Der Ausschuss war an diesem Tag zu einem Fachgespräch mit Vertreterinnen und Vertretern dieser KV zusammengekommen. Ein weiteres Thema auf der Tagesordnung war das Vorhaben der KV Nordrhein zur Verbesserung der Versorgung von Patientinnen mit Mammakarzinom; hier referierte Dr. Peter Potthoff. Der Modellversuch ist Schwerpunkt in der von Landesgesundheitsministerin Birgit Fischer initiierten „Konzertierten Aktion gegen Brustkrebs“. Die Sprecher der KV Nordrhein, darunter auch Dr. Edith Meier, erhielten vom Ausschuss in einem weiteren Tagesordnungspunkt auch noch Gelegenheit, zum Verdacht der Bestechlichkeit von Ärzten durch Arzneimittelhersteller Stellung zu beziehen. Dieses Thema war auf Antrag der SPD-Fraktion auf die Agenda gesetzt worden.

Amnestie für Kleinkriminelle wegen Überbelegung

Bei einer 6-Mann-Belegung mit drei Etagenbetten, sechs Spindschränken, einem Tisch und sechs Stühlen, einem Beistelltisch und einem Geschirrschrank sei in einem Haftraum von 17,50 Quadratmetern kaum Platz für Freizeittätigkeiten. Schreiben müsse er im Stehen am Etagenbett. Das schrieb ein Häftling aus Bielefeld an den Petitionsausschuss und forderte „Verbot von Überbelegung“.

Es gebe auch keine Gemeinschaftsräume. Der Fernsehraum sei mit zwei Häftlingen belegt. Die Anstalt sei mit einem Speiseraum für 150 Insassen ausgestattet, aber mit 400 bis 440 Häftlingen belegt. Insgesamt finde kein Behandlungsvollzug, sondern nur noch Verwahrvollzug statt. „Was hier abläuft, ist eine Bankrotterklärung des Staates“, meint der Petent. Daran ändere sich auch nichts, wenn unser Justizminister Jochen Diekmann Blauzeug und grüne Minnas nach Russland schicke und feststelle, dass dort die Gefängnisse überfüllt seien. In Russland habe es kürzlich eine

Amnestie für 350 000 Gefangene gegeben. In Deutschland würde eine Amnestie für Kleinkriminelle (Ladendiebstähle, Schwarzfahren und Geldstrafen) die Situation wesentlich bessern.

Der Petitionsausschuss teilte dem Petenten mit, er habe sich über die Missstände in der Justizvollzugsanstalt informiert und die Landesregierung gebeten, dringend erforderliche Baumaßnahmen zu ergreifen und ihm darüber bis zum 31. Mai zu berichten. Die Eingabe hat er dem Rechtsausschuss als Material überwiesen (Vorlage 13/1246).

Petitionsausschuss

Behinderten-Parkausweis nach Operation

Die Petentin hat an einer Bürgersprechstunde des Petitionsausschusses vorgesprochen und teilte mit, dass bei ihr eine außergewöhnliche Gehbehinderung vorliegt. Sie bat daher, dass ihr das Merkzeichen „aG“ weiterhin vom Versorgungsamt in Münster anerkannt wird. Hilfsweise sollte für die Besuche im Bewegungsbad und Arztbesuche ein Parkausweis erteilt werden, damit sie die Behindertenparkplätze benutzen kann.

Bei der Überprüfung der Petition hat sich herausgestellt, dass der Petentin aufgrund einer schweren Arthrose beider Hüftgelenke 1998 ein Schwerbehindertenausweis mit dem Merkzeichen „aG“ ausgestellt worden ist. Nach einer erfolgreichen Operation an der Hüfte liegen die gesundheitlichen Voraussetzungen seit dem Jahre 2001 nicht mehr vor, sodass eine entsprechende Eintragung im Schwerbehindertenausweis nicht mehr möglich ist. Dem ersten Anliegen der Petentin konnte der Petitionsausschuss daher nicht entsprechen.

Das vom Petitionsausschuss zusätzlich eingeschaltete Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand, Energie und Verkehr hat eine Fotokopie der Petition an die Straßenverkehrsbehörde des Kreises Coesfeld weitergeleitet, da dort bis dahin kein Antrag der Petentin auf Erteilung einer Ausnahmegenehmigung zur Park erleichterung vorlag. Nach Abschluss der Ermittlungen hat die Straßenverkehrsbehörde dann der Petentin den gewünschten Ausweis ausgestellt. Mit dieser Ausnahmegenehmigung kann sie nun bei den Arztbesuchen und bei den Besuchen im Bewegungsbad auch auf den Behindertenparkplätzen parken. Dies ist aufgrund der immer noch vorliegenden Gehbehinderung eine wichtige Erleichterung für die Petentin.

Hundegesetz NRW

Nur noch vierzehn gefährliche Rassen

Der Landtag überwies den Entwurf der Koalitionsfraktionen SPD und GRÜNEN für ein Landeshundegesetz NRW (Drs. 13/2387) nach der ersten Lesung in die Ausschussberatung. Der federführende Landwirtschaftsausschuss führte dazu am 19. April eine Sachverständigen-Anhörung durch (Bericht über die Anhörung in der nächsten Ausgabe).

Hans-Willi Körfges (SPD) erinnerte an die verstärkte Nachfrage nach Kampfhunden als gefährlichen Werkzeugen, an den Erlass der Landeshundeverordnung im Juni 2000 als Reaktion auf schreckliche Vorgänge und an die Kritik zuverlässiger Halter an Rasselisten. Seitdem sei die Zahl schwerer Hundebisse in NRW deutlich zurückgegangen. Die jetzt 14 als gefährlich eingestuften Rassen seien vernünftig. An verstärkten Strafen für nicht sachgerechte Hundehaltung sollten alle Halter interessiert sein. Halter von Hunden mit besonderer Körperkraft oder Größe sollten zu Kennzeichnung und Versicherung verpflichtet sein.

Reiner Priggen (GRÜNE) hielt eine bundeseinheitliche Regelung für richtig und nannte die Gefängnisstrafe für böswilligen Umgang mit Hunden als Grund für eine gesetzliche Regelung. Die GRÜNEN legten auch Wert auf die Versicherungs- und Kennzeichnungspflicht sowie Sachkundenachweis für „20/40“-Hunde.

Eckhard Uhlenberg (CDU) sah das absehbare Ende der fachlich völlig verfehlten



Bis auf den letzten Platz besetzt sind derzeit die Hundeböden in den Tierheimen – Folge der „Kampfhund-Diskussion“, die viele Tierhalter verunsichert und die Politik nach blutigen Zwischenfällen zu einer Verschärfung der Bestimmungen bewogen hat. – Hier ein Bild aus dem Tierheim des Tierschutzvereins Bergisch Land in Solingen, im kleinen Bild ein Staffordshire-Terrier. Foto: Schälte

Landeshundeverordnung als eine gute Nachricht an. Diese habe die Menschen in Hundehalter und Hundehasser gespalten. Für katastrophale Zustände in Tierheimen trügen Agrarministerin und Innenminister die Verantwortung. Die CDU werde dazu beitragen, dass NRW ein umsetzbares Hundegesetz bekomme.

Dr. Stefan Grüll (FDP) warf Ministerin Hohn vor, zwei Jahre lang den Protest unbescholtener Hundehalter und der Ordnungsämter sowie die Hilferufe der Tierheime ignoriert zu haben. Die FDP werde den Protest gegen Rasselisten nicht aufgeben, die auch seitens der Wissenschaft bezweifelt würden. Zynische Folge der Rasselisten werde die böse Züchtung anderer Rassen sein.

Landwirtschaftsministerin Bärbel Höhn (GRÜNE) stellte fest, die Landeshundeverordnung habe sich durchgesetzt und dramatische Hundeeinheiten seien massiv

zurückgegangen. Die Systematik von NRW sei auf Bundesebene umgesetzt worden. Besitzer müssten jetzt nachweisen, dass der Hund ungefährlich ist. Sie könnten sich von Auflagen befreien. Kommunen hätten dank der Hundeverordnung höhere Einnahmen und könnten den Tierheimen mehr Geld geben.

Clemens Pick (CDU) widersprach der Behauptung, auf Bundesebene habe sich NRW-Hundepolitik durchgesetzt. Im Gegenteil, es sei ein Rückzug von 42 auf 14 Rassen erfolgt. NRW schere auch mit der 20/40-Regelung aus. Die CDU hoffe auf vernünftige Änderungen des Entwurfs.

Dr. Ute Dreckmann (FDP) erklärte, die Gefährlichkeit eines Hundes hänge weder mit der Rasse noch mit Größe oder Gewicht zusammen. 20/40 seien normale Familienhunde. Kreuzungen von Rassen könnten nicht nachgewiesen werden.

Die PDS wird weiter beobachtet

In der Aussprache über die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der CDU „Die PDS in der NRW-Politik und ihre Vernetzung mit verfassungsfeindlichen Gruppierungen und der politischen Linken“ (Drs. 13/2183) sahen Rednerinnen und Redner aller Fraktionen es auch künftig als notwendig an, die „Partei des Demokratischen Sozialismus“ in NRW vom Verfassungsschutz beobachten zu lassen.

Theodor Kruse (CDU) ersah aus der Antwort und aus dem Verfassungsschutzbericht für das Jahr 2001 Anhaltspunkte für den Verdacht auf linksextremistische Bestrebungen der PDS. Es sei richtig, die PDS weiter zu beobachten. In deren Westverbänden hätten kommunistische Gruppen eine neue Heimat gefunden. SPD-Generalsekretär Münteferings Behauptung, in Deutschland sei die Mitte rot, ziele auf das Verbünden der SPD mit der PDS. Die Mitte sei weder rot noch schwarz.

Michael Groschek (SPD) äußerte Befriedigung über die geringe politische Relevanz der PDS in NRW. Die Ost-PDS sei laut Verfassungsschutz so etwas wie ein Grufti-Club mit 80 Prozent SED-Rentnern. Im Westen suchten dagegen überdurchschnittlich gebildete junge Leute den Kampf gegen Imperialismus, Rassismus und Militarismus in der PDS. Das erfülle mit Sorge, auch die Verbindung zur autonomen Szene. Groschek frag-

te, warum Gelsenkirchen die Hauptstadt der sozialistischen Bewegung sei, und vermutete eine Verbindung zu Scientology.

Karl Peter Brendel (FDP) sah ein zwiespältiges Erscheinungsbild der PDS auch noch zehn Jahre nach der deutschen Einheit. Sie beteilige sich an Wahlen, betone aber auch den außerparlamentarischen Kampf. Die SPD müsse ihr Verhältnis zur PDS klären. Die weitere Beobachtung sei erforderlich.

Monika Düker (GRÜNE) entnahm dem NRW-Bericht: Die PDS sei eine Männerpartei. Besorgnis erzeuge auch die Feststellung, dass einige Linksextreme als PDS-Mitglieder in Stadträten säßen und dass die PDS über Bündnisse mit der DKP debattiere. Es gebe aber auch eine Reformströmung in der PDS.

Innenminister Dr. Fritz Behrens (SPD) bemerkte, heute bekomme die PDS laut Um-

fragen 6,6 Prozent der Wählerstimmen, in den neuen Ländern 27 Prozent. Die Gründe für die Beobachtung in NRW seien geblieben. Die PDS arbeite mit linksextremistischen Gruppen zusammen. Entscheidend sei der innerparteiliche Richtungsstreit. In NRW müsse sie sich auf den Boden des Grundgesetzes stellen und sich eindeutig zu dessen Werten bekennen. Sie müsse sich von Extremisten und von DKP-Zielen trennen. Für NRW stelle sie keine Bedrohung dar.

Dr. Hans-Ulrich Klose (CDU) warnte vor Wunschvorstellungen durch programmatische Klärung und verwies darauf, dass die PDS nie den klaren Gegensatz zwischen Diktatur und Demokratie, sondern immer nur zwischen kapitalistischer und sozialistischer Gesellschafts- und Staatsordnung gezogen habe. Es gebe keine Erklärung der PDS zum Unrechtsstaat SED. Offiziell habe sie sich vom Kommunismus nicht fortbewegt. Klose vermisste die inhaltliche Auseinandersetzung in NRW.

Innenminister Dr. Behrens (SPD) bescheinigte dem Vorredner ein hohes Maß an Glaubwürdigkeit und widersprach der Behauptung, „Besserwissis“ wollten den Menschen im Osten Ratschläge geben.

„Dritte Sportstunde an Schulen vor Ort stärker umsetzen“

Schulausschuss und Sportausschuss werden sich abschließend mit dem Antrag der FDP-Fraktion „Sportunterricht an allgemeinbildenden Schulen stärken“ (Drs. 13/2370) befassen. Das beschloss das Plenum einstimmig auf seiner Sitzung Ende März. Mit dem Antrag setzen sich die Liberalen im Interesse von Gesundheit und Wohlbefinden der Kinder dafür ein, dass drei Wochenstunden Sport in den Schulen erteilt werden.

Ingrid Pieper-von Heiden (FDP) betonte, regelmäßiger Schulsport sei eine der Kernvoraussetzungen für eine erfolgreiche olympische Bewerbung; aber darum gehe es nicht in erster Linie, sondern um die Schulkinder: 60 Prozent in der Grundschule hätten Haltungsschäden, bei den Sechs- bis Neunjährigen habe jedes vierte Übergewicht. Aber in NRW gehe der Schulsport „am Stock“, ihrer Fraktion gehe es darum festzuschreiben: „Drei Wochenstunden Sport überall dort, wo er laut Lehrplan vorgesehen ist.“ Aber die werde, wie alle wüssten, in vielen Fällen schon nicht mehr erteilt, beklagte die Abgeordnete, aber mit den Stundentafelkürzungen im Sport zur anderweitigen Unterrichtsversorgung müsse endlich Schluss sein. Sonst habe das Land keine Chance mehr, Olympia zu bekommen.

Ute Schäfer (SPD) warnte davor, jedes gesellschaftliche Problem durch die Schule richten lassen zu wollen, weil die politischen Verantwortlichen nach Ansicht der Opposition versagen. Stattdessen gab die Sprecherin der FDP „Nachhilfeunterricht“ zu den Richtlinien für den Schulsport. Sie beschreiben die Doppelidee der Entwicklungsförderung und der Erschließung der Bewegungs-, Spiel- und Sportkultur, einschließlich des außerunterrichtlichen Schulsports. Was die dritte Sportstunde angehe, so halte sie fest: „Wir werden nicht beschließen, was ohnehin selbstverständlich ist.“ In ihrem Antrag suggeriere die Fraktion, dass sich die Situation des Schulsports verschlechtert habe; das stimme aber nicht, wie die Antwort der Landesregierung auf eine Kleine Anfrage zeige.

Dr. Annemarie Schraps (CDU) hielt nichts von einem geschönten Bild, das so tue, als ob es um den Schulsport im Lande gut stünde: Wieso werde dann immer wieder gefordert, dass die dritte Schulsportstunde wirklich flächendeckend gegeben werde? Dies müsse die Schule leisten und nicht irgendein Verein. Sie warne davor, den staatlichen Bildungsauftrag der Schulen im Bereich des Sports an Vereine übertragen zu wollen. Diese Teilnahme sei freiwillig; während die Schule der Ort sei, „wo die Kinder und Jugendlichen das erste Mal mit Sport in Berührung kommen“. Wenn das nicht geschehe, fehle später die Motivation, Sport zu treiben.

Ewald Groth (GRÜNE) wollte nicht davon wissen, dass sich die Situation des Schulsports in den letzten Jahren verschlechtert habe: „Quatsch und falsch“, urteilte er, das Land müsse sich im bundesweiten Vergleich des erteilten Sportunterrichts nicht verstecken: NRW sei eines der wenigen Ländern, in denen drei Stunden Pflicht seien, in Bayern seien es zwei, und die würden auch nicht voll gegeben. Die FDP sollte sich bei ihren Aussagen auf amtliche Statistiken, nicht auf ihre „Ein-Personen-Statistik“ berufen. Was die Liberalen forderten, das sei längst Alltag oder werde in Kürze umgesetzt. Viel liege auch an den Kommunen, ob die in den Schulsport und in die Schulsportstätten mehr investierten oder weniger.

Sportminister Dr. Michael Vesper (GRÜNE) unterstrich den Wert zusätzlicher Angebote zum Schulsport: „Mir geht es darum, dass jeder Schüler und jede Schülerin in Nordrhein-Westfalen pro Tag ein Angebot an der Schule bekommt, sich zu bewegen und dort Sport zu treiben. Das muss nicht immer im Rahmen des formalisierten Sportunterrichts sein, sondern es muss dort auch zusätzliche Angebote geben.“ Der Antrag der FDP sei „quantitative Zahlenhuberei“, damit sei es aber nicht getan, „man muss auch über die Inhalte des Sportunterrichts reden“. Die Daten zum Gesundheitszustand von Kindern nannte er eine Dramatisierung, so schlimm wie dargestellt sei es nicht. Dennoch müsse man sich damit auseinandersetzen. Man sei sich einig über den Wert des Schulsports, und darüber, dass die dritte Stunde vor Ort auch stärker durchgesetzt werden müsse, betonte der Minister.

Union verlangt Ganztagschulen für Lernbehinderte

Nach dem Willen der CDU-Fraktion sollen Schülerinnen und Schüler an den Schulen für Lehrbehinderung besser gefördert werden. Den entsprechenden Antrag (Drs. 13/2376) hat der Landtag zusammen mit einem Entschließungsantrag der FDP-Fraktion (Drs. 13/2437) an den Schulausschuss überwiesen.

Maria-Theresia Kastner (CDU) rief dazu auf, rasch aktiv zu werden, um die seit Jahren an den Schulen für Lernbehinderte herrschende Not zu bekämpfen. Dazu führte sie die Vorstellungen ihrer Fraktion an, um, wie sie sagte, „die Schwachen besser zu fördern und die soziale Schere ein wenig zusammenzuführen“. Durch die Stärkung der Schulen sollten mehr Schülerinnen und Schüler ihre Schulzeit positiv beenden und damit ihren Weg in die Arbeitswelt finden können. Ihre Fraktion halte es für unabdingbar, dass diese Schulen als Ganztagschulen geführt werden.

Wolfgang Roth (SPD) fand, angesichts eines leer gefegten Arbeitsmarkts für Sonderschullehrer könne man nicht fordern, die unbesetzten Stellen umgehend zu besetzen. Der Antrag berücksichtige auch nicht die Frage, ob das existierende Sonderschulsystem „unsere Erwartungen hinsichtlich einer kompensatorischen oder optimalen Leistungsförderung einlöst“. Der Ausbau zu Ganztagschulen sei notwendig und sinnvoll.

Ingrid Pieper-von Heiden (FDP) verlangte die innere und äußere Stärkung der Sonderschulen. Es sollte deutlich gemacht werden, dass es kein Makel ist, wenn ein Kind eine Sonderschule besucht, „sondern die beste individuelle Fördermöglichkeit in unserem System“. Zur inneren Stärkung gehöre die Verbesserung der Schüler-Lehrer-Relation. Handwerker und Sozialarbeiter sollten – „nicht anstelle von Lehrern“ – zur Berufsvorbereitung in den Unterricht kommen.

Dr. Ruth Seidl (GRÜNE) befürwortete eine stärkere Zuweisung von Geldmitteln und Personal auch an die Sonderschulen zur freien Bewirtschaftung. Kinder müssten in dem existierenden, früh differenzierenden Schulsystem frühzeitiger und individueller gefördert werden, um Sprachdefizite abzubauen und besser auf die Grundschule vorzubereiten. Das sei eine wichtige präventive Maßnahme, um zu vermeiden, dass immer mehr an die Lernbehindertenschulen verwiesen würden.

Schulministerin Gabriele Behler (SPD) verlangte von der CDU, sie solle sagen, in welchem Ausmaß sie die Schüler-Lehrer-Relation verbessern wolle und wie sie das zu finanzieren gedenke. Für nicht finanzierbar hielt sie die Forderung, alle Schulen für Lernbehinderte sofort in Ganztagschulen auszubauen. Für junge Menschen, die besonderen Förderbedarf im Lernen hätten, gelte uneingeschränkt, „dass Benachteiligung aufgrund ihrer sozialen Herkunft über das Bildungssystem so weit wie möglich aufgeholt und kompensiert werden muss“.



Einen Scheck in Höhe von 1500 Euro hat der afghanische Arzt Dr. Qamaruddin Musleh (r.) im Landtag in Empfang genommen. Das Geld stammt aus dem Erlös einer Friedens-CD, die Schülerinnen und Schüler der Gesamtschule in Mülheim-Saarn produziert und vertrieben haben. Auf Einladung des CDU-Abgeordneten Martin Schlebusch (M.) waren die Jugendlichen zusammen mit Schulleiter Manfred Scherrer (l.) zu Gast im Landtag und gaben Landtagspräsident Ulrich Schmidt und den Mülheimer Landtagsabgeordneten Oda-Gerlind Gawlik und Hannelore Kraft (beide SPD) Kostproben ihres Gesangs. Der Erlös ist dafür bestimmt, eine afghanische Lehrerin an einem Mädchengymnasium in Sheran/Nordafghanistan zu bezahlen.

Präsident würdigt Landesverfassungsgericht

Mit einem Festakt ist Ende März in Münster, dem Sitz des Gerichts, das 50-jährige Bestehen des Verfassungsgerichtshofs Nordrhein-Westfalen begangen worden. Dabei dankte Landtagspräsident Ulrich Schmidt allen — den aktiven wie den ausgeschiedenen — Richterinnen und Richtern dieses auf Landesebene höchsten Organs der Rechtspflege für ihre Leistungen in den zurückliegenden Jahrzehnten.

Der Verfassungsgerichtshof habe vor einem halben Jahrhundert nach mehrjährigem Ringen zwischen Landesregierung und Landtag, aber auch innerhalb dieser Verfassungsorgane, seine Arbeit aufgenommen, rief der Landtagspräsident in seiner Rede zur Festveranstaltung auf Schloss Wilkinghege bei Münster in die Erinnerung zurück. Es sei damals die Frage erörtert worden, ob das neu gegründete Land Nordrhein-Westfalen überhaupt ein landeseigenes Verfassungsgericht benötige; habe doch das gerade vom Parlamentarischen Rat verkündete Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland die Möglichkeit geboten, Verfassungsstreitigkeiten auf das Bundesverfassungsgericht zu übertragen — eine heute noch von Schleswig-Holstein praktizierte Verfahrensweise.

Der Präsident lobte im Weiteren das in NRW praktizierte Verfahren zur Besetzung des Richterkollegiums, das bewirkt habe, dass es dabei bisher keine Diskussion über möglicherweise parteipolitische Gesichtspunkte gegeben habe. Auch im Nachhinein habe sich der Weg als gut und richtig erwiesen, von den sieben Richtern vier durch den Landtag demokratisch legitimieren zu lassen; die drei übrigen „geborenen“ Mitglieder seien der Präsident des Oberverwaltungsgerichts und die beiden lebensältesten Präsidenten der Oberlandesgerichte. Verfassungsgerichte seien keine politischen Verfassungsorgane, sondern der Rechtsprechung zugehörig. Dennoch komme ihnen politische Bedeutung zu: Nicht im Sinne von Fällen „politischer Entscheidungen im justizförmigen Gewande“, sondern im Sinn von juristischen Entscheidungen zur Beseitigung von Rechtsgewissheiten. Oftmals werde durch Entscheidungen des Gerichts unmittelbar in das politische Geschehen eingewirkt.

In dem halben Jahrhundert seines Bestehens habe der Verfassungsgerichtshof ein gewaltiges Aufgabenpensum — und dies immer zeitnah — erledigt. Da zeige es sich, dass es nicht von Nachteil sei, „das im Verhältnis zu allen anderen Flächenländern mit sieben Richtern kleinste Verfassungsgericht im bevölkerungsreichsten Land zu sein“. Schmidt erwähnte aus der Rechtsprechung des Gerichts die „klugen und weitsichtigen“ Entscheidungen zur kommunalen Neugliederung: Sie seien auch für andere Länder beispielhaft gewesen und hätten dem nordrhein-westfälischen Verfassungsgerichtshof eine Vorreiterrolle zugewiesen.

Es sei denkbar, den Zuständigkeitskatalog des Verfassungsgerichtshofs um eine „Individualverfassungsbeschwerde“ zu erweitern, auch wenn es angesichts der in weiten Bereichen überlasteten Justiz Bedenken gegen diese Erweiterung der Zuständigkeit gebe. Zudem müsste dann über Zusammensetzung des Gerichts und den Status der Richter neu nachgedacht werden. Dazu sehe er, Schmidt, im Moment jedoch wenig Bereitschaft.

Wesentlich wichtiger erscheine ihm der Schritt, den der Landtag Nordrhein-Westfalen zur Stärkung der unmittelbaren Teilnahme des Volkes an der politischen Willensbil-

dung vollzogen habe, als er sich vor kurzem mit großer Einigkeit für den Ausbau der plebiszitären Elemente ausgesprochen und in die Landesverfassung Volksbegehren und Volksentscheid aufgenommen habe. Dennoch stelle sich ihm die Frage, fuhr Schmidt fort, ob unsere vor über 50 Jahren entwickelte und seitdem oft veränderte Landesverfassung den gesellschaftspolitischen Entwicklungen noch gerecht werde. „Ist es deshalb nicht an der Zeit, dass sich der Landtag mit dieser Frage befasst? Könnte dies nicht sogar ein Instrument sein, gerade junge Menschen an einer Debatte über Identität und Zukunft unseres Landes zu beteiligen“, fragte der Präsident.

Der nordrhein-westfälische Verfassungsgerichtshof habe seit seinem Bestehen Verfassungsrecht und Verfassungswirklichkeit im Land entscheidend mitgeprägt, befand Landtagspräsident Ulrich Schmidt und fasste zusammen: „Der nordrhein-westfälische Verfassungsgerichtshof hat als Hüter unserer Landesverfassung zu jeder Zeit seine Unabhängigkeit unter Beweis gestellt. Der exzellente Ruf und das große Vertrauen, das die Richterinnen und Richter im Landesparlament genießen, kommt nicht von ungefähr, sondern ist das Ergebnis höchst qualifizierter Arbeit. Dafür darf ich Ihnen im Namen des Landtags Nordrhein-Westfalen, aber auch ganz persönlich Dank und Anerkennung aussprechen.“

Historischer Moment: Die Abgeordneten heben ihre Hand, um der bisher letzten Änderung zuzustimmen, die die Landesverfassung seit ihrem Bestehen erfahren hat. Am 1. März 2002 verabschiedete der Landtag Ergänzungen, die den Bürgerinnen und Bürgern des Landes die Mitwirkung an der politischen Willensbildung erleichtern sollen.

Foto: Schälte



Koalition will Mediengesetz zügig verabschieden

Auf einer Sondersitzung des Medienausschusses hat die rot-grüne Landesregierung auf eine schnelle Verabschiedung des neuen Mediengesetzes (Gesetzentwurf der Landesregierung, Drs. 13/2368) — möglichst noch vor der Sommerpause — gedrängt. Während der FDP-Abgeordnete Dr. Stefan Grüll und der CDU-Mediensprecher Lothar Hegemann den Zeitplan der Koalition kritisierten, forderte Regierungssprecherin Professor Dr. Miriam Meckel eine „zügige, aber qualitativ hochwertige“ Abwicklung.

Besonders Grüll verlangte bei einem so bedeutenden Gesetz einen großzügigeren Zeitplan und fürchtete eine „Alibiveranstal-

tung“, während Meckel auf die Verfügbarkeit des Gesetzesentwurfs im Internet hinwies und ihn damit als hinlänglich bekannt einstuft. Dementsprechend wurde der Termin für die Expertenanhörung entgegen dem Willen der Opposition auf den 6. Mai gelegt, 70 Experten sollen bis zu diesem Termin um ihre Stellungnahmen gebeten werden. Lothar Hegemann (CDU) äußerte Kritik an der Länge der Expertenliste. Einig waren sich die Teilnehmenden in einer Einarbeitung eventueller Verbesserungsvorschläge der Experten in den Gesetzesentwurf, auch das von Rot-Grün vorgeschlagene Verfahren zur Anhörung wurde einstimmig angenommen.

Ein weiterer Streitpunkt war die von der FDP eingebrachte Frage nach der Zukunft des Kabelunternehmens ISH, das in jüngster Zeit Mitarbeiter entlassen und die Gebühren für die Kabelnutzung erhöht hatte. Während die Landesregierung die Entscheidung von ISH bedauerte, sich jedoch

von jeglichem Einfluss frei sprach, kritisierte Lothar Hegemann (CDU) die falschen Einschätzungen von ISH, die zu dieser Lage geführt hätten sowie die Monopolstellung des Unternehmens.

FDP-Politiker Grüll sprach von einer „Gesundung“, äußerte sich jedoch über die unsichere Zukunft des Kabelnetzes bei einer eventuellen Pleite des Unternehmens. Regierungssprecherin Meckel stuft die Preiserhöhungen als „absehbar“ ein, betonte aber gleichzeitig die Spitzenlage des Landes beim Ausbau des Netzes und verwies auf den unverändert weiterlaufenden Ausbau des Kabelnetzes durch ISH.

In der Sitzung am 19. April stand das Landesmediengesetz, in Verbindung mit dem FDP-Antrag Medienordnung NRW (Drs. 13/2088 neu) auf der Tagesordnung des Medienausschusses. Dazu gab die Präsidentin des Landesrechnungshofs NRW, Ute Scholle, einen Bericht ab. Auch die Landesregierung berichtete. *Thomas Ley*

SPD: Mobilitätserziehung in der Schule auch für Jugendliche wichtig

„Wenn bei jungen Menschen das Interesse am motorisierten Fahrzeug zunimmt, darf das Engagement der Verkehrs- und Mobilitätserziehung an den Schulen nicht zurückgehen“, erklärte Gerd Wirth, verkehrspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion. Deshalb gelte es, die Aufmerksamkeit der Verkehrs- und Mobilitätserziehung auch auf die jungen Menschen zu richten, die sich in der Endphase der schulischen Ausbildung befinden.

In der Verkehrserziehung als Sicherheitserziehung sollen die Schülerinnen und Schüler neben dem Erwerb des erforderlichen verkehrskundlichen Wissens anhand konkreter Erfahrungen in Übungssituationen lernen, Regeln anzuwenden und sich sicher im Straßenver-

kehr zu bewegen. „Verkehrssicherheit ist eine Aufgabe aller Schulstufen und Schulformen in Nordrhein-Westfalen“, bekräftigte Gerd Wirth. Schulstufenspezifische Schwerpunkte der Mobilitätserziehung sollen in der Primarstufe im Bereich der Sicherung des Schulweges, des Radfahrtrainings und der Radfahrausbildung liegen. Beim Übergang in die Sekundarstufe I gehe es um die Sicherung des neuen Schulwegs. Zum Abschluss der Sekundarstufe I stehe verantwortungsbewusstes Rad- und Mofafahren im Vordergrund. In der Sekundarstufe II schließlich gehe es um eine reflektierende Auseinandersetzung mit Themen der Mobilität, der Verkehrspolitik und der Verkehrswissenschaft. In einem Koalitionsantrag für den Landtag wird

auf die bisherigen Erfolge der Verkehrserziehung hingewiesen: „Die Gesamtzahl der verunglückten Kinder unter 15 Jahren erreichte im Jahr 2001 landesweit den niedrigsten Stand seit 1953. Sie ist um 5,5 Prozent (539) auf 10 106 gesunken. Im Zehnjahresvergleich seit 1992 wurden 55 Prozent weniger Kinder getötet und 20 Prozent weniger Kinder verletzt. Kinder waren als „aktive Verkehrsteilnehmer“ in 6 820 (minus 6,5 Prozent) und als „Mitfahrende“ in 3 286 Fällen (minus 3,4 Prozent) betroffen. 33 (2000: 46) Kinder wurden im Straßenverkehr getötet, sechs davon auf dem Schulweg. Deutlich weniger wurden verletzt: 1 835 Schwerverletzte bedeuten einen Rückgang um 13 Prozent (273).

CDU: Gemeinden entlasten – Konnexitätsprinzip in Landesverfassung aufnehmen

Das Konnexitätsprinzip will die CDU-Landtagsfraktion in der Landesverfassung verankern, wie der Sprecher der CDU-Fraktion im Hauptausschuss des Landtags, Werner Jostmeier, erläutert: „Aus gutem Grund, wer die Musik bestellt, der soll sie auch bezahlen.“ Das Land dürfe den Städten und Gemeinden nur noch neue Aufgaben übertragen, wenn es gleichzeitig und zwingend das Geld dafür mitliefert.

Die Finanzen der NRW-Kommunen befinden sich, so Jostmeier, schon seit Jahren in einer „desolaten Verfassung“. Die Verfassungsprinzipien „Kommunale Selbstverwaltung“ und „Finanzhoheit“ der Gemeinden seien nicht nur ausgehöhlt, sondern stünden für

die meisten der 396 NRW-Kommunen nur auf dem Papier. Hinzu komme das Wegbrechen der Gewerbesteuer, welches im vergangenen Jahr landesweit ein Minus von 11 Prozent für die Kommunen bedeutet habe. Mit dem Konnexitätsprinzip sollen künftig die Aufgaben- und Kostenverantwortung zusammengefasst werden. Anhand dieser Verfassungsänderung könnte auch eine Selbstdisziplinierung des Landes beim Erfinden neuer Aufgaben und eine Stärkung der kommunalen Selbstverantwortung erreicht werden, so Jostmeier.

Die Landesverfassungen der Bundesländer Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Saarland und Bayern sehen das Konnexitätsprin-

zip bereits ausdrücklich vor. Die Arbeitsgemeinschaft der Kommunalen Spitzenverbände in NRW (Städtetag, Landkreistag und Städte- und Gemeindebund) hat die Initiative der CDU „ausdrücklich begrüßt“.

„Die CDU wird sich dafür einsetzen, dass dieser Vorschlag im Landtag NRW genau so konstruktiv zugunsten der Städte und Gemeinden behandelt wird, wie die Themen Tierschutz, Kinderrechte und Volksbegehren und Volksentscheid, die fraktionsübergreifend gelöst worden sind“, so Jostmeier abschließend.

*) Diese Mitteilungen liegen in der alleinigen Verantwortung der Fraktionen

Papke: Statistiktrickserei statt Wende am Arbeitsmarkt in NRW

Die Landesregierung steht der anhaltenden Rezession der NRW-Wirtschaft nach wie vor völlig hilflos gegenüber. Die FDP-Fraktion hat immer wieder Vorschläge zur Belebung und Modernisierung der NRW-Wirtschaft in den Landtag eingebracht, die längst hätten umgesetzt werden können. „Es geht vor allem darum, die 700 000 mittelständischen Unternehmen in NRW zu unterstützen. Dazu muss sich die Landesregierung für flexible Lohnabschlüsse auf Betriebsebene einsetzen, für die Senkung der Lohnzusatzkosten und eine Konzentration der Wirtschaftsförderung auf kleine und mittlere Unternehmen“,

sagte der wirtschaftspolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, Gerhard Papke. Solange jedoch weiterhin mehr Geld in die Steinkohlesubventionen als in den Mittelstand fließe, werde NRW seinen Wachstumsrückstand nicht aufholen.“

Die scheinbar hoffnungsvolle Frühjahrsbelebung am Arbeitsmarkt NRW erweise sich bei näherer Betrachtung als reiner Taschenspielertrick. Papke: „Während das Wirtschaftswachstum nach wie vor am Boden liegt und die Nachfrage nach Arbeitskräften weiter zurückgeht, werden Zehntausende von Arbeitslosen aus der Arbeitslosigkeit abgemeldet, wie das Lan-

desarbeitsamt kürzlich verkündet hat. Offenbar soll gerade in NRW versucht werden, das tatsächliche Ausmaß der Arbeitslosigkeit zu verschleiern.“

Von dem ehrgeizigsten Ziel der Arbeitsmarktpolitik der Landesregierung, der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit, sei nicht mehr als ein Scherbenhaufen geblieben, sagte Papke: „In den Ohren der 95 570 erwerbslosen Jugendlichen muss das Versprechen des Ministerpräsidenten, Jugendarbeitslosigkeit zu einem Fremdwort zu machen, wie blanker Hohn klingen. Eine Wende zum Besseren ist nicht absehbar, ganz im Gegenteil.“

GRÜNE fordern Mobilfunkpfel in NRW

Die GRÜNE-Landtagsfraktion sieht verstärkten Handlungsbedarf im Bereich der Mobilfunkanlagen und den damit verbundenen möglichen Gesundheitsrisiken.

Der von der Fraktion am 16. April 2002 gefasste Beschluss fordert eine wirksame Steuerung der Mobilfunkanlagen auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene. Nach Ansicht der Fraktion führt die geplante Errichtung von schätzungsweise 60 000 neuen Sendemasten des UMTS-Netzes bei der Bevölkerung zu großer Verunsicherung. Die Diskussion um den Elektromog ist nach wie vor aktuell, da mögliche Gesundheitsschäden nicht auszuschließen sind. Deshalb muss der Gesundheits- und Ver-

braucherschutz gewährleistet werden, aus dem Prinzip der Vorsorge.

Auf der Landesebene muss die Möglichkeit genutzt werden, die Standortsuche für Mobilfunkmasten transparenter und bürgerfreundlicher zu gestalten.

In dem Beschluss schlägt die Fraktion vor, einen Mobilfunkpfel NRW zu organisieren, mit Mobilfunkbetreibern, den Kommunalen Spitzenverbänden und Vertretern von kritischen Initiativen. Ein Ad-hoc-Experten-Pool, bestehend aus Landesumweltamt, staatl. Umweltämter, Verbraucher-Zentrale, Gutachter etc. soll den Kommunen und den Betreibern in der aktuellen Übergangsphase Hilfestellung bei der Planung und Auswahl

der besten Standorte geben. Der Fraktionsbeschluss schlägt auch eine Informations-offensive NRW vor, bei welcher eine Internetdarstellung von Standorten und die Schaltung eines Bürgertelefons angeboten werden.

Besonderen Vorrang hat auf Bundesebene die Aufnahme von Vorsorgewerten in die gesetzlichen Regelungen (BImSchG).

Die Landesregierung wird des Weiteren gebeten, umgehend einen Erlass zur Genehmigung von Mobilfunkanlagen herauszugeben, durch den die Unsicherheiten bei der baurechtlichen Beurteilung von Mobilfunkanlagen ausgeräumt werden, und der den Vorsorgegedanken und die Teilnahme von Kommunen und Bürgerschaft an der Mobilfunkplanung fördert.

Automatenübergabe von einer Spende für Lebenshilfe begleitet

Seit einiger Zeit steht er schon in der Eingangshalle des Landtags, Mitte April wurde er offiziell seiner Bestimmung übergeben: Der EC-Automat der Sparda Bank Wuppertal eG, der den Abgeordneten, Bediensteten und Besuchern des Landtags den Weg zur nächsten Bankniederlassung ersparen kann. Bei dieser Gelegenheit wurde dem Präsidenten des Landtags, Ulrich Schmidt, ein Spendenscheck über 2500 Euro für die Lebenshilfe Nordrhein-Westfalen von den Repräsentanten der Bank überreicht. Das Geldinstitut, das vor kurzem auch eine Filiale im nahegelegenen Stadttor eröffnet hat, war bei dieser offiziellen Übergabe vertreten durch den Vertriebsvorstand Wuppertal und West, Manfred Stevermann, Vertriebsdirektor Heinz-Gerd Stöcks, Vorstandsmitglied und Vorsitzender des Gewinnsparevereins der Bank, aus dem diese Spende gewährt wurde, Jürgen Thorau, und dem Regionalbereichsleiter Nordwest, Dieter Leveling. Das expandierende Bankinstitut befindet sich derzeit in der Phase der Fusion mit den Sparda-Banken Essen, Köln und Wuppertal zur Sparda-Bank West eG, die Ende des Jahres abgeschlossen sein soll.



Freute sich über die Spende der Bank für die Lebenshilfe: Landtagspräsident Ulrich Schmidt (l.), hier zusammen mit dem Vorstandsvorsitzenden der Sparda-Bank West, Berthold Reinartz.

Foto: Schälte

LANDTAG INTERN

Herausgeber: Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, Ulrich Schmidt.
 Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf,
 Postfach 101143, 40002 Düsseldorf
 Redaktion: Stephanie Hajdamowicz (Chefredakteurin), Jürgen Knepper (Chef vom Dienst), Maria Mester-Grüner (Redakteurin), Fotoredaktion: Bernd Schälte, Telefon (02 11) 8 84 23 03, 8 84 23 04, 8 84 25 45 und 8 84 23 09, FAX 8 84 30 22
 Redaktionsbeirat: Carina Gödecke MdL (SPD), Parlamentarische Geschäftsführerin; Heinz Hardt MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Marianne Thomann-Stahl MdL (FDP), Parlamentarische Geschäftsführerin; Johannes Rimmel MdL (GRÜNE), Parlamentarischer Geschäftsführer; Hans-Peter Thelen (SPD), Pressereferent; Norbert Neß (CDU), Pressesprecher; Michael Block (FDP), Pressesprecher; Rudolf Schumacher (GRÜNE), Pressesprecher.
 Nachdruck mit Quellenangabe erbeten
 Herstellung und Versand: Tritsch Druck und Verlag, Düsseldorf, Vertrieb Telefon (02 11) 3 86 36 26
 ISSN 0934-9154
 Internet-Adresse: <http://www.landtag.nrw.de/>
 LANDTAG INTERN wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Porträt der Woche

„Die ständig steigende Zahl älterer Menschen muss eine stärkere politische Debatte nach sich ziehen“, fordert Angelika Gemkow. Für die CDU-Sozialpolitikerin ist eine nachhaltige Auseinandersetzung mit der Tatsache unabdingbar, dass es in unserer Gesellschaft immer mehr Senioren gibt. Bald wird die christdemokratische Landtagsabgeordnete ihrem Ziel einen Schritt näher sein. Der Düsseldorf-Landtag hat nämlich die Einrichtung einer Enquetekommission zur „Situation und zur Zukunft der Pflege in NRW“ beschlossen. Den Vorsitz wird Angelika Gemkow übernehmen, die dem Landesparlament seit 1995 angehört. „In der Enquetekommission werden wir uns mit allen Fragen einer älter werdenden Gesellschaft beschäftigen“, ist die CDU-Politikerin überzeugt. Das Gremium soll auch Lösungsmöglichkeiten formulieren und Visionen entwickeln, wie die Probleme gelöst werden können.

Eine Exotin

Angelika Gemkow, die von sich selber sagt, sie sei „Praktikerfrau“, weiß schon jetzt, wo man ansetzen sollte: „Wir müssen bereits den heute 40-Jährigen sagen, dass sie Hobbys pflegen, Kontakt zu Freunden halten, sich in Vereinen organisieren, sich körperlich fit halten und soziale Netze knüpfen müssen, damit sie im Alter nicht krank und einsam sind.“ All das gehöre zur Eigenvorsorge, die jeder selber leisten könne. Die 52-jährige CDU-Politikerin, die mit einem Diplom-Finanzwirt verheiratet ist und zwei Kinder hat, bezeichnet sich selber als Familienmensch und ist überzeugt, dass sie ohne die Unterstützung ihres Mannes und der Familie – also eines Geflechts von Helfenden – ihre politische Karriere nicht hätte machen können.

Die Bielefelderin hat sich schon sehr früh politisch engagiert. Obwohl ihre Eltern politisch nicht aktiv waren, interessierte sie sich für eine Mitarbeit in der Jungen Union (JU). 1966 trat sie in die JU ein, ein Jahr später war sie CDU Mitglied. „Eigentlich kann man erst mit 18 Jahren Mitglied werden, aber weil ich gleich in den Kreisverband der JU gewählt worden war, hat man bei mir ein Auge zuge-drückt“, erinnert sich Angelika Gemkow lachend. Rasch folgten weitere politische Ämter. „Ich hatte bei meiner politischen Arbeit immer wieder das große Glück, dass es interessierte Menschen gab, die mich inhaltlich mitgenommen haben“, erinnert sich Gemkow dankbar. Gefördert wurde sie wohl auch deshalb, weil es so selten ist, dass sich eine junge Frau für die politische Arbeit einsetzt. „Irgendwie war ich da immer eine Exotin“, sagt sie. Auch das hat ihr geholfen. Seit 1979 ist sie Mitglied im Rat der Stadt Bielefeld und dort stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende. Bis Oktober 1995 war sie Mitglied der Landschaftsversammlung Westfalen-Lippe. Sie ist unter anderem Bezirksvorsitzende der CDA Ostwestfalen-Lippe und Mitglied des CDA Landesvorstandes. 1993 hat sich die gelernte Verwaltungsangestellte für ein Landtagsmandat beworben und sich mit einer Zweidrittelmehrheit gegen drei männliche Mitbewerber durchgesetzt. Seit 1995 ist sie im Landtag. „Wenn die Partei es will und ich gesund bleibe, hätte ich durchaus Lust, diese Arbeit auch in der nächsten Legislaturperiode fortzusetzen“, sagt die CDU-Abgeordnete und fügt fröhlich und nicht ganz



Angelika Gemkow (CDU)

ernst hinzu: „Jetzt, wo die Kinder groß sind, lebe ich doch richtig auf.“

Als Sozialpolitikerin, die sich schon in der Kommune bewährt hatte, kam Angelika Gemkow ohne Schwierigkeit in die von ihr gewünschten Ausschüsse. Sie ist ordentliches Mitglied im Ausschuss für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge und im Ausschuss für Frauenpolitik. Als besonders fruchtbar erweist sich ihre Doppelfunktion als Ratsmitglied und als Landtagsabgeordnete. „Das ergänzt sich prächtig. Erfahrungen aus der Kommune kann ich im Landtag einbringen. Vor Ort höre ich, was die Leute bewegt und was sie wirklich brauchen.“

An der Ausschussarbeit gefällt ihr die oft fraktionsübergreifende Zusammenarbeit der Fachpolitiker. „Es herrscht ein gutes Arbeitsklima. Man streitet sich, aber man versteht sich auch untereinander.“ Ein wenig traurig macht es sie, dass ihre Arbeitsfelder – also der soziale und gesellschaftspolitische Bereich – so wenig Lobby haben. „Es geht im-

Gutes Arbeitsklima

mer nur um Wirtschaft. Es geht um Geld und vielfach einfach nur um Macht. Dadurch wird der einzelne Mensch oft vergessen. Da muss dringend etwas verändert werden“, ist die CDU-Politikerin überzeugt. Die politische Auseinandersetzung muss dann im Plenum des Landtags ausgetragen werden. Dort findet die CDU-Frau auch deutliche Worte an die Adresse des politischen Gegners. So ging Angelika Gemkow in der letzten Haushaltsdebatte am 13. Dezember 2001 heftig mit der SPD ins Gericht, als sie der Regierung ins Stammbaum schrieb: „Die Landesregierung ist fast vollständig aus der Fürsorge für ältere pflegebedürftige Menschen – das sind meistens Frauen – ausgestiegen. Sie kürzt die Mittel für dringend benötigte Pflegeplätze. Sie geben kein Geld mehr für die Modernisierung alter, sanierungsbedürftiger Pflegeplätze aus. Sie streichen auch die Mittel für Hauswirtschaftsdienste für Senioren. Vieles an sozialer und ehrenamtlicher Arbeit bleibt künftig auf der Strecke.“

Zum Entspannen von ihren politischen Aktivitäten guckt Angelika Gemkow, die früher selber gespielt hat, begeistert Tennis. Aber sie radelt auch gern mit ihrem Mann im Urlaub durch die Landschaft. Besonders gut gefällt ihr da die pommerse Insel Usedom. Kochen und Gartenarbeit sind für die CDU-Frau mehr Pflichtübungen. Dagegen schätzt Angelika Gemkow ein gutes Buch und das gesellige Zusammensein mit Freunden.

Gerlind Schaidt

Zur Person

Dr. Ingo Wolf, FDP-Abgeordneter aus Euskirchen im Rhein-Sieg-Kreis, ist als Nachfolger von Dr. Irmgard Adam-Schwaetzer zum Vorsitzenden des FDP-Bezirksverbandes Aachen gewählt worden. Dr. Wolf kandidiert zur Bundestagswahl am 22. September für den Bundestag.

★

Margot Christmann, 28 Jahre lang in der SPD-Landtagsfraktion beschäftigt, davon die letzten elfeinhalb Jahre für die stellvertretende Fraktionsvorsitzende **Brigitte Speth**, ist in den Ruhestand gegangen. Die gebürtige Duisburgerin ließ sich zur Industriekauffrau ausbilden und arbeitete vor ihrem Wechsel in den Landtag lange Jahre als Sekretärin bei der August Thyssen-Hütte in Hamborn.

★

Eleonore Pallast, ab 1973 zuerst Mitarbeiterin im Reinigungsdienst und danach 23 Jahre im Archiv des Landtags bei der Benutzerbetreuung tätig, ist in den Ruhestand getreten. Seit 1978 war Frau Pallast für die Betreuung der Dauerbezieher der Parlamentspapiere eingesetzt, auch das Amtliche Handbuch gehörte zu ihrem Aufgabenbereich.

Staatsminister a. D. Dieter Deneke verstorben

Dr. h. c. Dieter Deneke, langjähriger Landtagsabgeordneter der SPD und von 1966 bis 1979 Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, ist im Alter von 83 Jahren gestorben. Der gebürtige Berliner machte das Abitur als Nichtschüler und absolvierte eine Gärtnerlehre. Nach dem Krieg war er bis 1966 in der Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes, später im Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten tätig. Als nordrhein-westfälischer Minister trat Deneke 1979 aus Protest gegen den geplanten Bau einer Autobahn durch das Sauerland zurück. Danach bekleidete er das Amt des Präsidenten der NRW-Stiftung für Naturschutz-, Heimat- und Kulturflege.

Landtagsandacht

Der Beauftragte der Evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung, Karl-Wolfgang Brandt, sowie der Leiter des Katholischen Büros, Dr. Karl-Heinz Vogt, laden die Abgeordneten des Landtags NRW am 25. April 2002 ein: 8.00 Uhr Parlamentsfrühstück im Landtagsrestaurant und 9.15 Uhr Landtagsandacht im Raum E 3 Z 03.

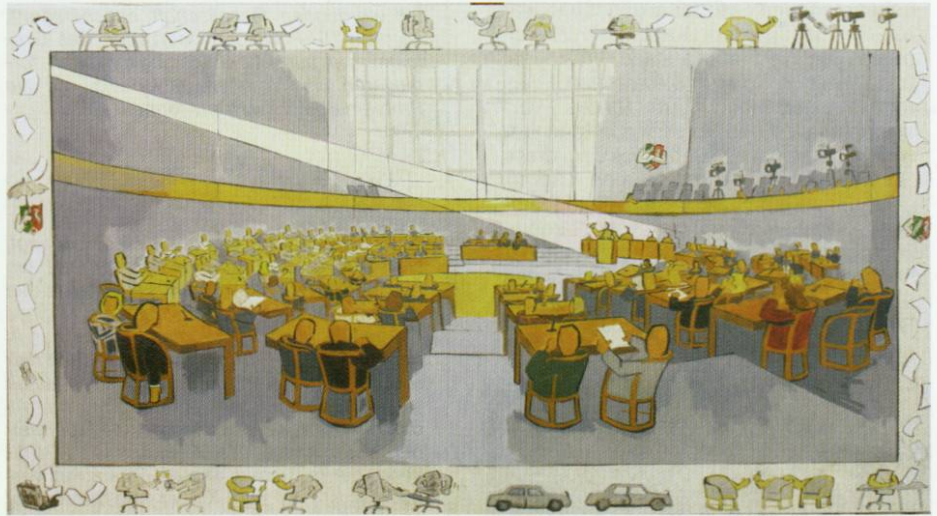
★

Letzte Meldung:

Kampf gegen Korruption wird Anhörungsthema

Der Hauptausschuss hat sich in der von Edgar Moron (SPD) geleiteten Sondersitzung darauf geeinigt, am 20. Juni 2002 eine ganztägige Anhörung von Sachverständigen zum Thema der wirksamen Korruptionsbekämpfung durchzuführen. Die Sondersitzung des Ausschusses war auf Antrag der Koalitionsfraktionen einberufen worden.

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)



„Politik-Gobelin“ hat die Kölner Künstlerin Friederike Vahlbruch-Heck das Bild genannt, das aus ihrer Sicht das Geschehen im Plenum des Landtags Nordrhein-Westfalen darstellt. Im Herbst vergangenen Jahres hatte sie sich an Landtagspräsident Ulrich Schmidt gewandt und um die Erlaubnis gebeten, als Vorstudie für ihr geplantes Gemälde Skizzen im Parlament anzufertigen. Dazu hat sie im Landtag Gespräche, unter anderem mit dem Kölner Abgeordneten und kulturpolitischen Sprecher der CDU-Fraktion, Richard Blömer, geführt und an einer mehrstündigen Plenarsitzung teilgenommen. Das Ergebnis der teilnehmenden Beobachtung (Foto) war jetzt im Atelier der Künstlerin in einer umgebauten früheren Maschinenfabrik in Köln-Ehrenfeld zu besichtigen: Unschwer zu erkennen sind auf dem Gemälde das Rund des Saals, das Rednerpult, auf das ein gebündelter Sonnenstrahl fällt und die zuhörenden Abgeordneten in ihren Sesseln. Trotz aller Gegenständlichkeit will Friederike Vahlbruch-Heck ihr Bild nicht als bloße Wiedergabe, sondern als Metapher für Politik gewertet wissen, wie sie sie einschätzt und erfahren hat: Austausch von Argumenten, Streit und Einigung, Rivalität und Versöhnung. Gobelin heißt das 1,20 mal 2,20 Meter große Werk deshalb, weil die Künstlerin bei der mehrwöchigen Arbeit an der Fertigstellung des Gemäldes Techniken dieser, vor allem in der Renaissance gepflegten Art, Wandteppiche herzustellen, übernommen und ihr Bild mit einer gemalten Bordüre umrahmt hat, die sich wie ein Comicstreifen um die Szene rankt. Foto: Schälte

Ausstellungen im Landtag:

Spurensuche

FOTOGRAFISCHE BEGEGNUNGEN IN LATEINAMERIKA

Seit mehr als 40 Jahren unterstützt die Bischöfliche Aktion „Adveniat“, das Hilfswerk für Lateinamerika, diese als „Kontinent der Hoffnung“ bezeichnete Region der Welt. Mit mehr als 4 000 Hilfsprojekten fördert Adveniat den kirchlichen Einsatz gegen Obdachlosigkeit, Ausbeutung, Gewalt und Hoffnungslosigkeit. Die Kirche in Lateinamerika versteht sich als Anwalt der Armen. Diese Arbeit wird mit 65 Millionen Euro im Jahr gefördert.

Um über die Situation der Menschen und die Arbeit der Kirche zu berichten und einzelne Projekte zu begleiten, hat Adveniat regelmäßig Fotografen nach Lateinamerika

entsandt. Dabei wurde von Anfang an Wert auf authentische Fotos und Berichterstattung gelegt.

„Spurensuche“ ist eine Ausstellung von Bildreportagen neun renommierter Fotografen, die die Anfänge der Aktion Adveniat skizzieren und einen Einblick in die lateinamerikanische Wirklichkeit und ihre Entwicklung geben.

Die Ausstellung ist vom 24. April bis zum 3. Mai 2002 in der Eingangshalle des Landtags zu sehen. – Vorschau: Vom 29. April bis 10. Mai präsentiert sich in der Wandelhalle des Landtags die Ausstellung „Menschen in der Euregio“.